

3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen am 28. und 29. August 2010 in Langenselbold

Ergebnisprotokoll über die Antragsberatung des 3. Landesparteitages am 28. und 29. August 2010

01 Leitanträge

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
ÄA 09	Hermann Schaus, Michael Riese u.a.	Kommunalpolitische Eckpunkte	2
03-14	H. Scheuch-Paschkewitz, U. Wilken u.a.	Heißer Herbst gegen soziale Kälte	10

02 Landespolitik

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
04- 9	LAG Bildung	Leitlinien für eine Reform der beruflichen Bildung in Hessen	17
05-12	<i>Linksjugend[\'solid]Hessen</i>	Aufbau und Erhalt selbstverwalteter Jugendzentren	23
06-17	Kreisverband Main-Kinzig	Biblis abschalten	23
07-18	Kreisverband Main-Kinzig	Übernahme der Schülerbeförderungskosten	24
08-21	Kreisverband Main-Kinzig	Aus-/Neubau der Bahnstrecke Hanau-Fulda	24
09-14	Kreisverband Limburg-Weilburg	Verbesserung im Datenschutz	25
IA 03	Lisa Hofmann, Ulrich Wilken u.a.	Protestkundgebung der Aktionsgruppe Georg Büchner	25
10-25	LAG Migration und Antirassismus	Islamischer Religionsunterricht	25
IA 02	Jan Schalauske u. a.	Keine „Schuldenbremse“ in die Hessische Verfassung	26
R 06	Dieter Hooge u.a.	Politische Angriffe gegen den DGB-Landesbezirksvorsitzenden Stefan Körzel	27

03 Bundespolitik

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
10-04	LAG Gesundheit u. Soziales	Heizkostenabwälzung	28
11-10	Y. Schäfer-Henrich u.a.	ELENA-Verfahrensgesetz außer Vollzug setzen	28
12-11	Choni Flöther, Leonie Blum u.a.	Widerstand gegen das Sparpaket der Bundesregierung	28
19-08	LAG Frieden und internationale Politik	Respektierung der Beschlusslage der Partei	29
13-23	LAG Sozialistische Linke	Gesetzliche Regelung Tarifeinheit	30

ÄA 07	KV Main-Kinzig	Gesetzliche Regelung Tarifeinheit	31
14-16	Nico Weinman u.a.	Gesetzliche Regelung Tarifeinheit	31
IA 04	KV Main-Kinzig	Aktionen gegen die Kürzungspläne der Schwarz-Gelben- Regierung	32

04 Internationale Politik

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
18-02	B. Cárdenas u.a.	Solidarität mit den inhaftierten BDP-PolitikerInnen	34
R 04	KV Wiesbaden	Solidarität mit den Flutopfern in Pakistan	34
R 07	Jochen Dohn u.a.	Solidarität mit der kolumbianischen Opposition	35
R 01	Barbara Cárdenas u.a.	Für Gleichstellung der Kurdinnen und Kurden mit anderen MigrantInnengruppen	35
R 02	Wolfgang Gehrcke u.a.	Raus aus Afghanistan!	37
R 03	KV Wiesbaden	Solidarität mit der griechischen Arbeiterbewegung und Linken	38

05 Partei und Organisation

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
20-05	Kreisverband Wetterau	Delegiertenschlüssel	39
ÄA 08	LAG Sozialistische LINKE	Delegiertenschlüssel	39
21-07	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	Umsetzung der UN-Konventionen für behinderte Menschen	39
22-13	KV Limburg-Weilburg	Beteiligung an den bundesweiten Anti-Atomkraft-Großdemonstrationen	40
23-06	LAG LISA	Änderungsantrag zum Programm-entwurf	40
R 05	Uli Franke u.a.	Kampagne gegen Klaus Ernst und den bayrischen Landesverband	42

Änderungsantrag 09

(Von den Antragsstellern übernommen wurden die Änderungsanträge 01, 02, 03, 10 und 11)

Antragsteller: Hermann Schaus, Michael Riese u.a.

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Kommunalpolitische Eckpunkte für die Kommunalwahlen 2011

Kommunen stärken

Demokratie und soziale Gerechtigkeit entfalten!

Die LINKE kämpft für eine Gesellschaft, frei von Ausbeutung des Menschen und der Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.

Wie die weltweiten Initiativen gegen die Klimaveränderung, des Internationalen Sozialforums oder die Agenda 21-Aktivitäten lehren, muss den globalen gesellschaftlichen Problemen auch und vor allem lokal auf kommunaler Ebene begegnet werden. Wer in den Gemeinden, Städten und Kreisen für mehr Demokratie und den sozial-ökologischen Wandel streitet ist damit Teil einer internationalen demokratischen Bewegung.

In Hessen besteht zunehmend die Gefahr, dass insbesondere die Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Regionen und der Menschen, die dort leben eingeschränkt werden. Eine zukunftsweisende Kommunalpolitik muss gleiche Lebenschancen in Stadt und Land möglich machen und die Nachteile ländlicher Regionen gerecht ausgleichen.

1. Kampf um bessere Lebensbedingungen für alle, statt Anpassung an die Interessen der Herrschenden

Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht existiert heute faktisch nicht mehr. Städte und Gemeinden werden finanziell ausgeblutet. Weitere Steuermindereinnahmen stehen für die hessischen Kommunen an. Steuergeschenke und Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleichs durch die CDU/FDP-Regierung belasten Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe. Zunehmend werden Aufgaben der Daseinsvorsorge einem Markt überlassen, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Kapitals sind. Diesen sog. „Sachzwängen“ darf man sich nicht unterwerfen. Geld ist genug da. Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürgern zugute kommen, problemlos erfüllt werden.

Wir werden keinem einzigen kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung versagen, weil angeblich die finanziellen Mittel fehlen. Wer aber das finanzielle Desaster der Kommunen fundamental beseitigen will, muss auch die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beenden, bei der der Reichtum in wenigen Händen angehäuft wird, während die Armut im Lande wächst und die öffentlichen Kassen ausgeplündert werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir deutlich machen, dass notwendige

Investitionen in soziale Einrichtungen oder in die Bildung nicht an fehlendem Geld scheitern, sondern an einer Politik, für die kapitalhörige Parteien verantwortlich sind. Wir werden vielmehr die Vermögensverteilung in Deutschland anprangern, die durch eine Anhäufung von Reichtum in den Händen Weniger einerseits und gleichzeitig wachsende Armut und ausgeplünderte öffentliche Kassen andererseits gekennzeichnet ist. Und wir werden den Widerstand dagegen aufbauen.

Die hessische Landesregierung möchte mit der Kommunalwahl in einer Volksabstimmung am 27. März 2011 die Schuldenbremse in den Verfassungsrang erheben. Für dieses volkswirtschaftlich absurde Vorhaben hofft sie auch noch, die höchsten Weihen der hessischen Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Dies werden wir gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden zu Fall bringen. Statt einer schädlichen Schuldenbremse müssen planungssichere Einnahmen für die Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt geschaffen werden. Die Hessinnen und Hessen brauchen Vereins-, Sozial- und Kulturinstitutionen, Investitionen in Bildung, Kultur, öffentlichen Nahverkehr und Klimaschutzende Energien statt immer weitere Steuergeschenke für Banken, Manager und Einkommensmillionäre. Notwendig ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer. Unmittelbar müssen benachteiligte überschuldete Kommunen durch den Bund und die Landesregierung entschuldet werden.

DIE LINKE geht in die kommunalen Parlamente, um dort gleiche Chancen der Persönlichkeitsentfaltung, der gesellschaftlichen Teilhabe und der aktiven Teilnahme am politischen Geschehen mit Nachdruck zu verfolgen. Unsere Politik richtet sich ausschließlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, wobei der Beseitigung der Nachteile, die die wirtschaftlich schwachen Schichten gegenüber den einkommensstarken haben, besondere Priorität einzuräumen ist. Deshalb werden wir uns an keiner kommunalen Koalition beteiligen, die weitere Privatisierungen, Sozial- und Personalabbau unternimmt und sich an einer Einschränkung demokratischer Rechte beteiligt. Bürgerinitiativen und vor Ort tätige soziale Bewegungen sehen wir dabei als unsere Partner an.

2. Soziale Gerechtigkeit vor Ort

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden, aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, z. B.

- durch die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (von den Kindergärten über Büchereien, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt. Dieser Sozialpass muss so gestaltet werden, dass er für seine Inhaber nicht diskriminiert und stigmatisierend wirkt
- durch eine soziale Preisgestaltung bei den Versorgungsunternehmen;
- durch eine intensive medizinische und soziale Betreuung und Versorgung;
- durch mehr Jugendsozialarbeit und bessere Jugend- und Sozialeinrichtungen;
- durch Sicherstellung eines angemessenen Wohnraums, insbesondere durch Erhaltung und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und des öffentlichen Wohnungsbestandes; niemand darf wegen Hartz IV aus seiner Wohnung vertrieben werden;

- durch Kampf gegen jede Diskriminierung und Diffamierung der erwerbslosen und armen Menschen, insbesondere bei Schikanen durch öffentliche Behörden und Einrichtungen;
- durch zusätzliche Hilfen aus besonderen Anlässen, z.B. Weihnachtsbeihilfen für finanziell schwache Familien.

3. Geschlechtergerechte Kommunen

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt“, heißt es im Grundgesetz. Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde durch die Frauenbewegung hart erkämpft. Doch bleibt die Lebenspraxis von Frauen in dieser Gesellschaft weit dahinter zurück. Frauenpolitik heißt für DIE LINKE., die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an allen Gütern, Kultur, Bildung Gesundheit etc. zu garantieren. Beide Geschlechter haben ein Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, Möglichkeit zur Sorgearbeit in der Familie, Zeit für politische und gesellschaftliche Arbeit sowie ein Recht auf Kultur, Fortbildung und Genuss.

Auch die Kommune trägt Verantwortung dafür, dass diese Rechte für Frauen realisiert werden: In allen Kommunen müssen deshalb Frauenbeauftragte installiert werden, die mit den notwendigen finanziellen Ressourcen ausgestattet sind.

Da für DIE LINKE. die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen selbstverständlich ist, sind Kürzungen von Subventionen bei Beratungsstellen wie z.B. Pro Familia mit uns nicht zu machen. Für ALG II-Bezieherinnen sollten die Kommunen Verhütungsmittel zusätzlich zum Regelsatz finanzieren, damit jedes geborene Kind ein Wunschkind wird. Sollte eine Frau eine Schwangerschaft abbrechen wollen, ist ihr auf Wunsch von Seiten der Gesundheitsämter Information und Unterstützung zu gewähren.

Wichtig ist der Schutz vor Gewalt. Deswegen werden wir in allen Kreisen und Kommunen dafür kämpfen, dass die Förderungen von Frauenhäusern nicht mit Blick auf den Etat gekürzt werden, dass Beratungsstellen für Frauen, egal ob es um Trennungsberatung, Erziehungsberatung oder Wiedereinstieg ins Erwerbsleben geht erhalten bleiben. Unser besonderer Augenmerk gilt der Beratung von Opfern sexueller Gewalt.

Mädchen sollten in ihrer Entwicklung von Anfang an so gefördert werden, dass sie nicht in alten Rollenstereotypen verbleiben. Mädchen, insbesondere zwischen Pubertät und Erwachsenenalter, benötigen spezielle Angebote, um die Welt in einem geschützten Rahmen entdecken zu können. Mädchentreffs in den Jugendzentren, Ferienfreizeiten, Girls Day sind wichtig und dürfen keiner Rotstiftpolitik zum Opfer fallen. Politik für Mädchen heißt aber für DIE LINKE. nicht Politik zu Lasten der Jungen.

Die Kommunen als Arbeitgeber sind gefordert, ihre Ausbildungsplätze quotiert zu vergeben.

Alle politischen Entscheidungen der Kommunen sollten überdies auf ihre Folgen für die Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden. Patriarchale Denkweisen und kapitalistische Herrschaftsstrukturen sind abzuschaffen. Das bedeutet, dass Frauen auch in der Stadtverwaltung nicht überwiegend in niedrig besoldeten Lohngruppen beschäftigt werden und Führungspositionen nicht überwiegend von Männern besetzt werden sollen.

Die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu den Kernaufgaben linker Politik.

4. Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohnerinnen und Einwohner

Neben und innerhalb der wirtschaftlich Schwachen sind viele Migranten und insbesondere Migrantinnen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Diesen Zustand dürfen wir nicht hinnehmen. DIE LINKE arbeitet mit den Migrantinnen und Migranten zusammen und kämpft für ihre Einbeziehung in die kommunalen Entscheidungsprozesse bis hin zum kommunalen Wahlrecht für alle dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen. Solange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen nicht schafft, müssen die Ausländerbeiräte aufgewertet und auch andere Wege der örtlichen Mitwirkung für Migrantinnen und Migranten geschaffen werden. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen. Das ist ein Menschenrecht, welches nicht unter den Vorbehalt des Besitzes eines bestimmten Reisepasses gestellt werden darf.

5. Bürgerengagement mit Bürgerbeteiligung verbinden

Zunehmend organisieren viele Bürgerinnen und Bürger ihre kommunalen Angelegenheiten ehrenamtlich selber. Dieses beachtliche und unterstützenswerte bürgerschaftliche Engagement verkehrt sich in sein Gegenteil, wenn kommunale Vertreter die Gelegenheit dafür missbrauchen, öffentliche Aufgaben auf die Schultern der Ehrenamtlichen abzuwälzen. Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den sie betreffenden kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

6. Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle

DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Bereits privatisierte Bereiche sollten rekommunalisiert werden. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und –entsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Aufgaben bleiben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen. Privatisierungen haben gezeigt, dass sie die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger reduzieren und zugleich die Arbeits- und Bezahlungsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern.

Auch die zunehmende Beteiligung von privaten Investoren an öffentlichen Projekten (öffentliche und private Partnerschaft) lehnen wir ab. Private Investoren wollen Gewinne für ihr eingesetztes Kapital erzielen. Langfristig kann das für die Kommunen nur teurer werden.

Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor allem Krankenhäuser und Stadtwerke nicht privatisiert, aber dem Wettbewerb des Marktes unterwirft und so zwangsläufig zu den Methoden der Privaten greift, stellen sich alle negativen Folgen für die Bevölkerung ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten werden verschlechtert. Um diesen Entwicklungen zu begegnen ist mehr demokratische Kontrolle notwendig. Mitglieder in Aufsichtsräten von kommunalen Beteiligungen sind der Kontrolle der Kommunalparlamente zu unterstellen.

7. Arbeitsmarktpolitik für die Menschen

Städte und Gemeinden sind auch Arbeitgeber. Sie können durch eine an den Lebensbedürfnissen der Menschen vor Ort orientierte Beschäftigungspolitik tariflich be-

zahlte Arbeitsplätze schaffen, die den vorhandenen Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprechen, den Interessen der Allgemeinheit dienen und ein Wegdrücken der Erwerbslosen in Ein-Euro-Jobs verhindern. Diese sind abzuschaffen. Hierzu ist eine aktive und einfallreiche wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde erforderlich und geboten. Den insoweit bestehenden kommunalrechtlichen Einschränkungen muss entgegengetreten werden. Diese Arbeitsmarktpolitik ist eine menschenfreundliche Alternative zu den Versuchen mancher Städte, mit einem Dumpingwettbewerb scheinbar kapitalkräftige Firmen auf eigene Gemarkung zu locken und damit andere Kommunen zu schädigen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Konkurrenz der Kommunen um die größte „Wirtschaftsfreundlichkeit“ abgelöst wird durch die Solidarität der Kommunen zur Verbesserung des Lebens aller Menschen. Die öffentliche Hand muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur die heimische Wirtschaft stärken sondern auch die Verantwortung übernehmen, dass nur Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden, berufliche Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten.

8. Sozialökologische Verkehrs- und Stadtplanung

DIE LINKE steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen und sozialen Gründen. Dem öffentlichen Personennahverkehr ist Vorrang vor dem Individualverkehr einzuräumen. Die Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen. Insbesondere ärmere Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, wenn insbesondere öffentliche Nahverkehrssysteme nur unzureichend vorhanden oder die Fahrpreise insgesamt zu teuer sind. DIE LINKE strebt einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr an. Schon jetzt dürfen aber die Fahrpreise die Pkw-Fahrtkosten auf keinen Fall übersteigen. Die Schülerbeförderung muss kostenfrei angeboten werden.

DIE LINKE wendet sich gegen ökonomisch fragwürdige und ökologisch unverantwortliche Großprojekte wie Großkraftwerke oder den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Sie unterstützt den Widerstand der Menschen vor Ort gegen diese Projekte, die das Klima, die Umwelt und die Gesundheit der betroffenen Menschen belasten. Wir wollen mit lokalen Gruppen wie Agenda 21 oder Umweltschutzgruppen zusammenarbeiten, um kommunale Energie- und Umweltkonzepte zu erarbeiten. Dabei setzen wir uns vor allem ein für:

- Investitionen der Kommunen und Kreise sowie Förderung von BürgerInvestitionen in die Erzeugung von erneuerbarer Energie
- Erhaltung und Förderung wohnortnaher Einkaufsmöglichkeiten ggf. durch genossenschaftliche Einrichtungen;
- Sicherung der kommunalen Energieproduktion und -verteilung durch Stadtwerke in kommunalem Besitz;
- umweltpolitische Ausrichtung der kommunalen Handlungsfelder Abfall, Flächenverbrauch, Wasser, Energieeinsatz, Mobilität und Wirtschaftsstruktur;
- Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe und Erhaltung wohnortnaher Arbeitsplätze;
- landwirtschaftliche Nutzung von kommunalen Flächen nur nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus.

9. Kostenlose Bildung von der Kinderkrippe bis zur Erwachsenenbildung

DIE LINKE fordert den zügigen Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Krippenplätzen und kostenlosen Kindergärten, in denen eine qualifizierte Förderung durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen gewährleistet ist. Den Einsatz von Nicht-Fachkräften lehnen wir ab. Die Ausbildung

und die Bezahlung von Erzieherinnen müssen angehoben, die Fortbildung verbessert werden.

DIE LINKE steht für ein anderes Schulkonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird sich DIE LINKE für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt.

Wir fordern Ganztagschulen mit fachlich ausgebildetem Personal, das zu einer individuellen Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört auch eine entsprechende räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen. Kostenloses in öffentlichen Küchen gekochtes Essen muss zum Standard jeder Schule gehören.

Eine öffentliche Förderung von Privatschulen, die von den Kindern Schulgeld verlangen, lehnt DIE LINKE nachdrücklich ab. Solche Schulen stehen in einem krassen Widerspruch zu unserer Forderung nach einer Schule für alle.

Die Wahrnehmung sportlicher und kultureller Angebote beispielsweise von Vereinen, der Stadtbüchereien, Musikschulen und von Veranstaltungen sind kein Luxus für begüterte Bürger. Kulturelle Angebote gehören grundlegend zur Lebensentfaltung aller und deshalb müssen Städte und Gemeinden die kulturelle Arbeit weiterhin fördern, anstatt sich aus der Arbeit zurückzuziehen, weil es sich angeblich um freiwillige Leistungen handeln würde.

10. Gesundheitsversorgung sichern

LINKE Kommunalpolitiker werden sich dafür einsetzen, dass sich ihre Regionen nachdrücklich Gehör verschaffen um eine wohnortnahe medizinische Versorgung zu sichern. Rückgrat einer solchen medizinischen Versorgung sind öffentlich-kommunale Krankenhäuser, die ausreichend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, damit Medizin nicht zu einer Ware degradiert wird.

11. Klima schützen – eine Verantwortungsvolle Energiepolitik

Klima schützen, Energie sparen - Energieversorgung in eigener Hand Die Bürgerinnen und Bürger brauchen keine großen Energiekonzerne, die Atomkraftwerke und fossile Großkraftwerke betreiben. Viele Kommunen können ihre Strom- und Gasversorgung aus erneuerbaren Energien, Energiegewinnung im Zusammenhang mit der Abfallbehandlung und ihre Wasserversorgung lokal selbst organisieren und sich so von den großen Energiemonopolisten unabhängig machen. Nach und nach übernehmen Kommunen auch wieder die Stromnetze in ihren Besitz und können so lokal die politischen Weichen für eine regionalnachhaltige Energiepolitik legen.

12. Mehr direkte Demokratie wagen

Die Möglichkeiten der Hessischen Gemeindeordnung für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind völlig unzureichend. Wir treten für ihre Erweiterung ein. Wo Menschen ihre legitimen Interessen in der Gemeinde direkt geltend machen, stehen wir aber schon jetzt unterstützend an ihrer Seite. Alle Bürger sollen über Bürgerhaushalte, Bürgerbegehren und Volksentscheide direkt mitentscheiden können. Das setzt Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Auch Gemeindevertreter/innen und Stadtverordneten sollen wieder mehr Rechte, insbesondere Kontrollrechte gegenüber Gemeindevorstand bzw. Magistrat und kommunalen Unternehmen erhalten. Dazu gehört auch eine Einschränkung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln. Diesem undemokratischen Zustand treten wir entgegen.

Die verstärkte Einführung von Bürgerhaushalten könnten ist ein Instrument sein, damit die Bürger direkt Einfluss auf die Entwicklung ihrer Kommune nehmen können. Den Missbrauch mit den Bürgerhaushalten lediglich die Bürger/innen für die Umsetzung der Sparzwänge mitverantwortlich zu machen, erteilen wir eine klare Absage.

Die kommunalen Beiräte und die zu schaffenden Vertretungen der Jugendlichen müssen in Zukunft mehr Möglichkeiten der kommunalen Mitbestimmung erhalten.

13. Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Antisemitismus, antimuslimische Hetze und alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Sie verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten sowie sozial Benachteiligte zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen.

Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsausübung im Rahmen der allgemeinen Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung und bekämpfen deshalb die Hetze und die Aktionen der rassistischen und faschistischen Organisationen gegen Moscheen.

Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden.

14. Kommunen für den Frieden

DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung gegen militärische Rüstung und internationale Kriegseinsätze. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der Kommune. Bundeswehrfeldwebel und bunte Kriegswerbung haben bei der Arbeitsberatung in Schulen Jobcentern und bei (kommunalen) Ferienangebot nichts zu suchen.

Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kulturinstitutionen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventiver Friedenspolitik.

15. Mitmachen

Ob Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus.

Wir rufen die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, sich aktiv für eine bessere Zukunft stark zu machen und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische Kommunalpolitik zu streiten.

Beschlussfassung: Bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen so beschlossen

Antrag 03-14

Antragsteller: H. Scheuch-Paschkewitz, U. Wilken u.a.

Antragsthema: Heißer Herbst gegen soziale Kälte

Heißer Herbst gegen soziale Kälte

I. Kapitalismus und Krise – Die soziale Kälte im Land nimmt zu.

Die Katze ist aus dem Sack. Wie erwartet hat die schwarz-gelbe Bundesregierung nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ihre Kürzungspläne aus der Schublade geholt. Während über Nacht hunderte Milliarden zur Rettung des Euro bereitgestellt werden, sollen jetzt durch das Kürzungspaket Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Erwerbslose, Alleinerziehende, Familien und Rentnerinnen und Rentner die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise zahlen. Leistungen für Erwerbslose werden gekürzt, Hartz IV-Beziehenden werden das Elterngeld und der Zuschuss zur Rentenversicherung gestrichen, der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen entfällt. 15.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst werden vernichtet, außerdem drohen Gehaltskürzungen. Mit der Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und der Freigabe der Zusatzbeiträge wird die Kopfpauschale durch die Hintertür eingeführt. Steuergeschenke für Hotelbesitzerinnen und -besitzer gegen Spenden an die FDP, Truppenaufstockung für den Krieg in Afghanistan, Abbau der Entwicklungshilfe kennzeichnen den Kurs der Regierung.

Die Laufzeiten von AKWs sollen verlängert werden, damit die Profite der großen Energiekonzerne steigen. Die soziale Kälte im Land nimmt weiter zu. Guido Westerwelle liefert für die Regierung die passende Begründung.

Es müsse Schluss sein mit „Freibier für alle!“ Und Bundeskanzlerin Angela Merkel meint, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Einige wenige saufen mit Westerwelle und Merkel Champagner, während immer mehr Menschen nicht wissen, wie sie ihre Miete zahlen, geschweige denn ihre Wohnung heizen sollen. In der Bundesrepublik besitzen die reichsten zehn Prozent über sechzig Prozent des gesamten Vermögens. Nicht Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, Alleinerziehende, Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher, Durchschnittsverdiener, kleine Selbstständige oder das akademische Prekariat haben über ihre Verhältnisse gelebt, sondern eine Minderheit von Reichen und Vermögenden. Reiche werden reicher, Arme werden ärmer, lautet das Ergebnis der neoliberalen Umverteilungspolitik der vergangenen Jahre.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind seit langem bekannt. Jahrzehntlang haben wechselnde neoliberale Regierungen eine Politik der Umverteilung von unten nach oben betrieben. Durch enorme Steuererleichterungen für Unternehmen und Besserverdienende haben sie die öffentlichen Kassen gelehrt. Dennoch wurden auf dem ersten Höhepunkt der Krise innerhalb von nur einer Woche 500 Mrd. an Bürgschaften, Krediten und Finanzhilfen für die Banken bereitgestellt. Eineinhalb Jahre später laufen die Geschäfte bei vielen Hedgefonds wieder auf Hochtouren und es werden Milliardenboni ausgezahlt. Die Deutsche Bank feiert Riesengewinne und es wird massiv gegen Griechenland und andere Länder spekuliert. Die kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise ist in ihre zweite Phase eingetreten.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt das Versagen des Kapitalismus und das Scheitern seiner neoliberalen Heilsversprechen. Dennoch scheint es der herrschenden Politik zu gelingen, die Kosten der Krise auf die Mehrheit der Bevölkerung abzuwälzen. Die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich. Die Krise ist nicht nur das Resultat des Versagens von Managerinnen und Managern. Krisen sind ein integraler Bestandteil des Kapitalismus. Sein Grundprinzip des Profitstrebens und der Gewinnmaximierung trägt die Krise in sich. Die neoliberale Politik von CDU, SPD, FDP und Grünen hat die Krise noch verschärft: Durch die Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen haben sie die riesige Menge des spekulativen Kapitals noch weiter erhöht. Beschränkungen der Finanzmärkte haben sie abgeschafft und neue hochriskante Spekulationsmöglichkeiten zugelassen. Durch Sozialkürzungen, die Aufhebung von Arbeitnehmerrechten und den Druck auf das Lohnniveau, der unter anderem durch Hartz IV ausgelöst wurde, haben sie die Massenkaufkraft und damit die Binnennachfrage geschwächt.

Ein nachhaltiger Weg aus der Krise geht nur über einen grundlegenden Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit. Dafür kämpfen wir, ohne Wenn und Aber!

In den letzten Jahren erschien der entfesselte Kapitalismus vielen als alternativlos. Doch die Krise bietet auch die Chance, ein Fenster aufzustoßen, um Alternativen für eine demokratische und solidarische Gesellschaft zu entwickeln. Wir wollen den Kampf im Hier und Jetzt für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen mit der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft verbinden. Gleichwohl bergen Krisen zugleich die Gefahr eines Rechtsrucks. Der Aufstieg rechtspopulistischer und neofaschistischer Parteien in Europa ist uns eine Warnung. Einer solchen Stimmungsmache treten wir entschlossen entgegen. Gegen Rassismus, Hetze auf Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger und Minderheiten setzen wir das Prinzip der Solidarität, die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren, aber auch die Solidarität der Schwächeren untereinander.

Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenkosten

Wir sagen: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Notwendig ist eine strenge Regulierung der Finanzmärkte, einerseits um die Banken und Profiteure der Finanzmarkt-spekulationen zur Kasse zu bitten; andererseits um künftige Finanzkrisen zu vermeiden. Wir brauchen eine Bankenabgabe, die ihren Namen verdient, eine Finanztransaktionssteuer und eine Millionärsteuer. Banken und Versicherungen gehören in gesellschaftliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle, damit sie ihre ursprünglichen Funktionen wieder aufnehmen. Die Umverteilung von unten nach oben muss endlich umgekehrt werden. Weitere Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei den Renten und zunehmende Belastungen im Gesundheitswesen werden wir nicht hinnehmen. Das Verbot von Leiharbeit, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro, die Abschaffung von Hartz IV sowie bis dahin eine Erhöhung des Eckregelsatzes von Hartz IV auf 500 Euro und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung sind das Gebot der Stunde. Die Menschen in diesem Land brauchen keine Haushaltssanierung durch Sozialabbau, sondern eine wirksame „Haushaltskonsolidierung“ durch eine systematische Steigerung der Einnahmeseite der öffentlichen Hand.

Die Bundespräsidentenwahl hat erneut gezeigt, dass SPD und Grüne momentan nicht für einen Politikwechsel zur Verfügung stehen. Mit ihren rein machttaktischen Manövern stoßen sie Menschen vor den Kopf, die dringend eine Verbesserung ihrer Lage erhoffen. An machttaktischen Manövern beteiligen wir uns nicht. Es geht uns um einen grundlegenden Politikwechsel. Damit steht und fällt unsere politische Be-

rechtiung und Glaubwürdigkeit. Oft wird behauptet, wir würden uns vor der Regierungsverantwortung drücken. DIE LINKE ist nur zur Beteiligung an einer Regierung bereit, die eine Verbesserung der sozialen Lage der Menschen anstrebt. Dies ist aber nicht möglich, wenn SPD und Grüne sich nicht von ihrer Agenda – und Kriegspolitik verabschieden. Bis dahin liegt die Verantwortung der LINKEN in der Opposition.

Ein Politikwechsel in Hessen, im Saarland, in Thüringen und in Nordrhein-Westfalen ist nicht an der LINKEN gescheitert. Wir kämpfen um gesellschaftliche Mehrheiten, um auf deren Grundlage nach Möglichkeit auch mit parlamentarischen Mehrheiten einen Politikwechsel für Frieden und soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. In Hessen ist der rot-grüne Koalitionsvertrag, der leider nicht zum Einsatz kam, ein Beweis dafür, was im Falle einer Tolerierung der LINKEN möglich wäre: Stopp von Sozial- und Stellenabbau, Ausbau der öffentlichen Beschäftigung, Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherte, tarifvertragliche Arbeitsverhältnisse sowie längeres gemeinsames Lernen und eine ökologische Wende in der Energiepolitik. Bereits auf dem Weg dahin hatte die Mehrheit links von der CDU nach dem außerparlamentarischen Druck der Studierenden die Studiengebühren abgeschafft.

Wir werden uns auf der Straße und in den Parlamenten weiter dagegen wehren, dass die Krisenfolgen auf die Schwächeren der Gesellschaft abgewälzt werden. Wir werden gemeinsam mit den Betroffenen, mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen diesen Widerstand organisieren. Die Demonstrationen mit über 40.000 Menschen in Stuttgart und Berlin am 12. Juni können nur ein Auftakt gewesen sein.

DIE LINKE wird für einen heißen Herbst als Antwort auf die soziale Kälte kämpfen. Wir begrüßen und unterstützen die geplanten Aktivitäten von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen im Herbst dieses Jahres.

II. Kahlschlag in den Kommunen

Die Folgen der Umverteilungspolitik werden insbesondere in den Kommunen sichtbar. Seit Jahren werden die kommunalen Kassen ausgeblutet, ganze Städte stehen vor der Pleite. Schon jetzt führen die massiven Einbrüche bei den Gewerbesteuern wie auch die erheblichen Kürzungen der kommunalen Finanzmittel durch das Land Hessen zu spürbaren Einschränkungen bei den so genannten freiwilligen Leistungen der Landkreise und Gemeinden. In den kommenden Jahren drohen durch diesen Finanzkollaps unübersehbare Folgen für die kommunale Selbstverwaltung: Eine Reduzierung der kommunalen Aufgaben auf ihre Pflichtaufgaben ist zu befürchten. Für die aktive Gestaltung des sozialen und kulturellen Lebens in den Städten und Gemeinden wird es dann keinen Spielraum mehr geben.

Schon jetzt können viele grundlegende Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden. Kinderbetreuung, attraktiver Personennahverkehr, ökologische Projekte, Bibliotheken, Museen und Theater, Jugendprojekte oder Jugendzentren, Sportstätten, Schwimmbäder, soziale, gesundheitliche und kulturelle Einrichtungen drohen unter den Hammer zu geraten. Alternativ wird die Gebührenschaube angezogen, wodurch der Anspruch auf öffentliche Leistungen vom Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger abhängig gemacht wird.: Wer kein Geld für teure Bibliotheksgebühren hat, muss künftig auf das Lesen von Büchern verzichten. Öffentliche Einrichtungen, wie Krankenhäuser oder Altenpflege stehen zum Ausverkauf, die Beschäftigten werden unter Druck gesetzt. Die Kommunen sind die Leidtragenden der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Steuerpolitik, die Reiche begünstigt und die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bittet. Gesetze der schwarz-gelben Koalition entziehen den Kom-

munen in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 3,6 Mrd. Euro. In Hessen plant die Landesregierung zudem, im nächsten Jahr 360 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zu streichen. Die Steuerpolitik der Bundesregierungen seit 1998 hat dazu geführt, dass dem Land Hessen jährlich 2 Mrd. Euro und den hessischen Kommunen noch einmal zusätzlich jährlich 800 Mio. Euro fehlen.

Die kommunalen Spitzenverbände protestieren gegen diese Austrocknungspolitik. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister beschwerten sich über die Finanzsituation ihrer Städte und Gemeinden. Wir begrüßen diesen Protest. Gleichzeitig geben sie den Druck nach unten weiter und sind Mitglieder derjenigen Parteien, die für diese kommunale Finanznot verantwortlich sind. CDU, SPD, FDP und Grüne: Alle waren in den letzten Jahren in der Bundesregierung an dieser Umverteilungspolitik beteiligt. DIE LINKE hat diese Entwicklungen stets kritisiert und ihre Alternativen für soziale Gerechtigkeit entgegeng gehalten.

Für eine solidarische Kommunalpolitik von Unten

Die Kommunen sind der Ort, wo wir leben, lieben, wo wir arbeiten und unsere Freizeit verbringen. Hier werden einerseits die Folgen der verfehlten Politik der letzten Jahre, die Spaltung in arm und reich, in oben und unten, besonders erfahrbar und für jeden spürbar. Andererseits können unsere Städte und Gemeinden Keimzellen für alternative gesellschaftliche Mehrheiten und für eine solidarische Lebensweise sein. Vor Ort und im Kontakt mit den Menschen, in den Vereinen, Bürgerinnen- und Bürgerversammlungen, in den Stadtteilen, auf den Gassen, Straßen und Plätzen sowie im direkten Lebensumfeld gilt es, Menschen für einen grundlegenden Richtungswechsel zu gewinnen und zu mobilisieren. Hier nehmen wir den Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung auf. Hier streiten wir für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und weiterer kommunaler Dienstleistungen. Hier stellen wir die Eigentumsfrage, wenden uns entschieden gegen Privatisierungen und setzen uns für die Re-Kommunalisierung insbesondere der Energieversorgung ein. Wir werden nicht müde, auch vor Ort die ungerechte Steuerpolitik zu thematisieren und eine sozial gerechte Steuerpolitik als Grundlage für leistungs- und handlungsfähige Kommunen einzufordern. Hier stellen wir uns faschistischen und rassistischen Bestrebungen konsequent in den Weg und treten für die soziale und politische Gleichstellung aller Einwohnerinnen und -einwohner, unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft oder sexueller Orientierung ein. Hier erheben wir unsere Stimme für ein Umsteuern auf eine sozialökologische Verkehrs- und Stadtplanung, die Mobilität für Alle mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen verbindet.

Als „Sachzwänge“ verkleidete Vorgaben des kapitalistischen Wirtschaftssystems werden wir nicht akzeptieren. Auch wenn wir wissen, dass sehr viele Rahmenbedingungen auf der Bundesebene gesetzt werden, legen wir auch vor Ort den Finger in die Wunde der kapitalistischen Verwertungslogik und bringen unsere konkreten Alternativen aktiv in die örtlichen Debatten ein. Auch wenn uns bewusst ist, dass die sozialen Probleme der Menschen nicht allein in einer Kommune gelöst werden können, werden wir Vorschläge für eine soziale und gerechte Politik vor Ort entwickeln, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Auch auf kommunaler Ebene gilt: DIE LINKE wird sich an keiner Koalition in Magistrat, Kreis- oder Gemeindeausschuss beteiligen oder sie unterstützen, die Privatisierungen, Sozial- und Arbeitsplatzabbau weiter voran treibt oder einen weiteren Abbau der demokratischen Rechte vornimmt. Eine Politik, die aufgrund der kommunalen Finanznot entweder das Schwimmbad oder das Theater schließen, die Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen oder die Löhne der kommunalen

Beschäftigten kürzen will, findet unsererseits nicht nur keine Unterstützung, sondern entschiedene Opposition.

Wir kämpfen für gleiche Rechte, für alle hier lebenden Menschen. Die Wahlen zu den Ausländerbeiräten am 7. November 2010 werden wir unterstützen, indem wir gemeinsam mit anderen Linken auf internationalistischen Listen antreten oder Listen der LINKEN aufbauen.

Bei der Kommunalwahl 2006 zogen mehr als 150 linke Kommunalpolitikerinnen und -politiker in über 30 Städten und Gemeinden sowie in 20 Landkreisen in die kommunalen Parlamente ein. Zu dem Zeitpunkt noch nicht in einer Partei vereint, kandidierten PDS und WASG gemeinsam mit vielen anderen Linken und legten damit einen wichtigen Grundstein für die erfolgreiche Parteigründung zur LINKEN.

Wir wollen die seitdem gewachsene Bedeutung der LINKEN bei der Kommunalwahl 2011 sichtbar machen. Unser Ziel ist es, in allen kreisfreien Städten und Landkreisen anzutreten. Wir streben eine erhebliche Erhöhung unserer Mandate an und laden Aktive aus Gewerkschaften, Initiativen, Verbänden und sozialen Bewegungen zu einer Kandidatur auf unseren Listen ein.

Wir werden, wo immer es möglich und sinnvoll ist, mit eigenen Kandidatinnen und Kandidaten zu Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen antreten, um auch in diesem Rahmen unseren politischen Alternativen in den Städten und Gemeinden ein Gesicht zu geben.

Wir werden die Kommunalwahl dafür nutzen, die Organisationsstruktur der LINKEN zu stärken, neue Mitglieder zu gewinnen und weitere Ortsverbände aufzubauen.

Für uns gilt es, die Menschen für unsere Alternativen für Solidarität und soziale Gerechtigkeit auch vor Ort zu gewinnen.

III. Neue „Operation düstere Zukunft“ in Hessen

Dass Roland Koch endlich gegangen ist, ist gut so. Doch das System Koch bleibt. Dieses System ist untrennbar mit einer brutalstmöglichen Politik, mit rassistischen Wahlkämpfen, schwarzen Kassen, Täuschung und Vertuschung verbunden. Wir machen uns keine Illusionen, sein Nachfolger Volker Bouffier ist ein enger Vertrauter Kochs und steht für eine hohe Kontinuität in der rechtskonservativen hessischen CDU. Mit ihm gibt es keinen personellen, schon gar keinen politischen Neuanfang.

Die schwarz-gelbe Landesregierung kürzt nicht nur bei den Kommunen. Für den scheidenden Ministerpräsidenten gibt es beim „Sparen keine Tabus“. Nach der sogenannten „Operation sichere Zukunft“, bei der die Landesregierung im Jahr 2004 eine Milliarde Euro im Landeshaushalt gekürzt hat, insbesondere bei den Landesbeschäftigten, sozialen Einrichtungen und bei den Studierenden, droht eine erneute Kürzungssorgie, die wir eine neue „Operation düstere Zukunft“ nennen. Über 600 Mio. Euro plant die Landesregierung im Landeshaushalt einzusparen. Stellen in der Landesverwaltung sollen gestrichen, im Bereich der Schulen und Hochschulen sollen Millionen gekürzt werden. Arbeits- und Amtsgerichte werden geschlossen. Im gleichen Atemzug wird die Wiesbadener European Business School mit 50 Mio. Euro vom Land und von der Stadt Wiesbaden gefördert: Millionen für die Elite bedeuten Mittelkürzungen für die Mehrheit der Studierenden.

Als wäre dies noch nicht genug, plant die schwarz-gelbe Koalition eine Schuldenbremse in die Hessische Verfassung aufzunehmen. Es ist geradezu zynisch, dass die Regierung am Tag der Kommunalwahl über die Schuldenbremse in der Landesverfassung abstimmen lassen will. Schließlich sind die Kommunen schon jetzt am Rande des Ruins, weil die Landesregierung auf ihre Kosten die Steuersenkungen der letzten Jahre finanziert. Dies wird sich verschärfen, wenn das Land keine neuen Kredite mehr aufnehmen darf. Wir werden die Zeit bis zu den Kommunalwahlen da-

für nutzen, um deutlich zu machen: Wer Schuldenbremse sagt, meint letztlich Steuersenkungen und Sozialabbau. Auch in Hessen wird sich DIE LINKE dafür stark machen, die öffentlichen Haushalte langfristig zu stabilisieren. Dafür brauchen wir keine Schuldenbremse, sondern eine Steuersenkungsbremse.

2004 haben auf der seit Jahren größten hessischen Demonstration Zehntausende in Wiesbaden gegen das unsoziale Verarmungs- und Kürzungsprogramm der Landesregierung demonstriert. Hieran müssen wir anknüpfen. DIE LINKE steht an der Seite derjenigen, die sich gegen die neuerliche „Operation düstere Zukunft“ wenden und wird aktiver Teil des Widerstands gegen den hessischen Sozialkahlschlag sein.

Und: Es formiert sich eine neue Anti-AKW-Bewegung. Es gibt in der Bevölkerung eine deutliche Mehrheit gegen Atomkraft und gegen die Laufzeitverlängerungen. Diesen Atomdissens haben im Frühjahr zehntausende Menschen – auch in Biblis – auf die Straße getragen. Auch hier ist DIE LINKE aktiver Bestandteil, auch um immer wieder zu verdeutlichen, dass die Atomkraft in Deutschland längst Geschichte sein könnte, wenn SPD und Grüne während ihrer Regierungszeit konsequent gewesen wären, statt ein Abkommen mit den Energiekonzernen zu schließen, das das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben steht.

IV. DIE LINKE Hessen in Bewegung: Für einen heißen Herbst

Als Teil des Widerstands gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Bevölkerungsmehrheit werden wir in den Kreisverbänden öffentliche Veranstaltungen und Protestaktionen vor Symbolen und Akteuren des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus (z. B. Banken, Versicherungen, Börse oder EZB) organisieren. Wo immer sich Belegschaften gegen Betriebsschließungen oder Lohnkürzungen wehren, wo Erwerbslose sich gegen weitere Unzumutbarkeiten auflehnen, wo sich kommunale Initiativen gegen die Zerschlagung öffentlicher Einrichtungen wenden, werden wir aktiv sein.

Schwarz-Gelb macht krank: Wir werden unsere Kampagne zur Gesundheitspolitik weiterführen. Der gesundheitspolitische Kahlschlag von CDU und FDP trifft auf breite Ablehnung durch Gewerkschaften, Sozialverbände, kirchliche Organisationen, das globalisierungskritische Netzwerk attac, aber auch durch SPD und Grüne. DIE LINKE ist die einzige Partei, die mit der Forderung nach einer echten Bürgerversicherung für eine radikale solidarische Alternative auch zum bestehenden Gesundheitssystem eintritt. Wir wollen eine Solidarische Bürgerversicherung, in die ausnahmslos alle Beiträge einzahlen, zu deren Berechnung alle Einkünfte, auch die aus Spekulationen, ohne Bemessungsgrenze herangezogen werden. DIE LINKE wird sich an Bündnissen gegen den gesundheitspolitischen Kahlschlag beteiligen. Wir werden offensiv für unsere Alternative einer Solidarischen Bürgerversicherung werben.

Wir werden im Herbst eine Kampagne gegen die drohende Kürzungssorgie organisieren, auch um für ein NEIN bei der bevorstehenden Abstimmung über die Verankerung der „Kreditbremse“ in der hessischen Verfassung zu werben. Deutschland und Hessen haben weniger ein Ausgabenproblem, sie haben ein Einnahmeproblem. Deshalb weisen wir das wachsweiße Argument entschieden zurück, dass Sozialkürzungen in Ordnung sind, wenn auch bei den Reichen – natürlich nur ein bisschen – gekürzt wird. Wir halten dagegen: Sozialkürzungen sind völlig überflüssig, wenn Reiche und Unternehmen angemessen besteuert werden:

Durch mehrfache Steuerreformen hat der Staat seine Einnahmen in der Vergangenheit massiv verringert: Unter anderem wurde der Höchstsatz der Einkommensteuer von 53 auf 42 Prozent gesenkt, die Gewinnsteuer der AGs und GmbHs von 40 auf 15 Prozent. Die Vermögensteuer wird schon seit 1997 nicht mehr erhoben. Von der

Streichung der Vermögenssteuer, der mehrfachen Senkung von Spitzensteuersatz und Unternehmensbesteuerung, der Reduzierung der Erbschaftssteuer bis hin zu den aktuellen Steuersenkungen für Hoteliers reichen die "Reformen". Vor allem Vermögende, Bezieher hoher Einkommen und Unternehmen haben davon profitiert. Alle Steuerreformen seit 1998 zusammengerechnet haben in den letzten zehn Jahren zu Einnahmeausfällen beim Staat von insgesamt fast 340 Milliarden Euro geführt. Über 30 Milliarden Euro davon haben die Gemeinden zu verkraften.

Wir werden die Partei weiter aufbauen. Noch immer haben wir zu wenig Mitglieder. Um die Gesellschaft grundsätzlich zu verändern, brauchen wir eine deutlich stärkere Verankerung in der Bevölkerung. Bei all unseren Aktivitäten werden wir insbesondere darauf achten, potentielle Neumitglieder anzusprechen und unsere vorhandenen Mitglieder aktiv in die politischen Aktionen einzubeziehen – dies gelingt bisher nicht immer. Neben rechtzeitigen Ankündigungen und Bewerbungen sind in Flächenkreisverbänden häufig auch Anfahrsprobleme zu lösen, um eine breite Teilnahme zu ermöglichen. Die im Frühjahr aufgenommene und im Herbst fortzuführende Veranstaltungsreihe „Was will DIE LINKE?“ zeigt einerseits, dass viele Menschen in Hessen mit uns diskutieren und zusammen arbeiten wollen. Andererseits erreichen wir über solche konventionellen Veranstaltungen längst nicht alle Menschen, die an unserer Politik interessiert sind. Hier müssen wir Politikformen entwickeln, die uns direkt mit den Menschen in Kontakt bringen. Unser Augenmerk liegt auf der Einbindung von Neumitgliedern. Auf der Ebene der Kreisverbände müssen entsprechende Angebote entwickelt werden. Ein hessenweites Neumitgliedertreffen mit Besuch der Landesgeschäftsstelle und des Landtags in Wiesbaden könnte ein weiterer Anknüpfungspunkt sein.

Eine zentrale Aufgabe des Landesverbands ist die Führung der Programmdebatte. Neben den zahlreichen Veranstaltungen auf Kreisebene, werden wir einen Programmkonvent zusammen mit den Landesverbänden Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen organisieren. Wir müssen die Programmdebatte so führen, dass möglichst viele GenossInnen daran teilnehmen und sich mit inhaltlichen Vorschlägen und Ideen einbringen können. Die Programmdebatte bietet die Chance, unseren Identitätsbildungsprozess fortzusetzen und mit produktiven Kontroversen um das politische Profil der Partei zu verbinden.

In vielen Kreisverbänden wurden Frauenverantwortliche und -strukturen ins Leben gerufen, frauenspezifische Veranstaltungen zur Kommunalpolitik haben stattgefunden. Das ist ein Erfolg, aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben, wenn wir eine wirkliche Geschlechtergerechtigkeit in der Partei und die Emanzipation der Frauen in der Gesellschaft erreichen wollen. Deshalb werden wir auf allen Ebenen die Bildung von Frauenstrukturen fördern und unterstützen. Im März 2011 jährt sich der internationale Frauentag zum 100. Mal. Dieses Jubiläum werden wir mit entsprechenden Veranstaltungen und politischen Aktionen begleiten.

Es ist uns dank des Engagements des Landesschatzmeisters und der KreisschatzmeisterInnen gelungen, die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen deutlich zu erhöhen. Zur langfristigen Sicherung unserer Politik müssen wir jedoch weitere Anstrengungen unternehmen. *Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen müssen weiter gesteigert werden*, um die Eigenständigkeit der Partei zu gewährleisten: Anders als CDU, SPD, FDP und Grüne erhalten wir keine Großspenden aus der Wirtschaft und das soll auch so bleiben.

Wir werden in Zusammenarbeit mit der Kommission Politische Bildung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Kommunalpolitischen Forum die politische Bildungsarbeit weiter intensivieren, um eine aktive Mitgliederpartei zu werden. Der Durch-

führung von Neumitgliederseminaren kommt für die Einbindung und Aktivierung von Mitgliedern eine wichtige Bedeutung zu.

Wir werden nicht müde, vor den Betrieben und Arbeitsämtern, auf den Straßen und in den Stadtteilen für Frieden und soziale Gerechtigkeit und für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu kämpfen, in der die Interessen und Bedürfnisse der Menschen und nicht das Profitstreben von Banken und Konzernen im Mittelpunkt allen Handelns stehen.

Die beste Antwort auf die soziale Kälte in diesem Land ist ein heißer Herbst.

Beschlussfassung: Bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen so beschlossen

Antrag 04-09

Antragsteller: Landesarbeitsgemeinschaft Bildung

Antragsthema: Leitlinien für eine Reform der beruflichen Bildung in Hessen

Antrag:

Berufsbildung ist nicht nur die Grundlage für den Nachwuchs von Fachkräften und so unabdingbar für den Erhalt der Wirtschaftskraft unseres Landes, sie ist auch unverzichtbar für die psycho-soziale Entwicklung von Jugendlichen:

Sie eröffnet den Heranwachsenden einen Platz in der Gesellschaft, Selbstwertgefühl entsteht aus Wertschätzung der Mitmenschen für geleistete Dienste an der Gemeinschaft. Die duale Form der Berufsausbildung, die sich in den deutsch sprechenden Ländern historisch entwickelt hat, erwies sich in der Vergangenheit als Vorteil: Der Übergang von Schule in Beruf gestaltet sich in anderen Ländern weitaus schwieriger, die Jugendarbeitslosigkeit ist oftmals höher. Im gemeinsam verantworteten Projekt von Industrie und Staat, Betrieb und Schule erweist sich Kooperation als vorteilhaft: Der technische Fortschritt findet unmittelbar Eingang in die Ausbildung, Berufsfähigkeit wird auf der Grundlage beruflicher Erfahrung und systematisch-theoretischen Wissens erworben, der Anspruch des Individuums auf technische Grundbildung und Allgemeinbildung als Voraussetzung für lebenslanges Lernen ist gewahrt.

Deutschland gehört zu den führenden Export-Nationen der Welt. Deutschland ist zugleich das Land mit der größten Erfinderquote (Patente pro Kopf der Bevölkerung). Noch. Denn die herrschende Koalition aus Unternehmerverbänden und deren politisches Klientel überlassen das ansonsten viel gepriesene Konzept der Dualen Ausbildung der Auszehrung.

Folgende Indizien machen das deutlich:

1. Unterfinanzierung des gesamten Bildungssystems . Deutschland liegt unter den westlichen Industrieländern OECD mit 5,5 % des BIP an hinterer Stelle bei den Ausgaben für Bildung. Dies betrifft direkt und indirekt auch die berufliche Bildung.
2. Das allgemeine Schulsystem erweist sich als ungeeignet für einen reibungslosen Eintritt in das Berufsleben. Rigide Auswahl und Konkurrenz bereits im 10. und erneut im 12. Lebensjahr lassen einen großen Teil der Jugendlichen in einer Rest-Schule mit schwindenden Perspektiven. Statt zu fördern wird selektiert. Nächste untere Schulformen in der Bildungshierarchie werden so zum Auffangbecken von zu

„Schulversagern“, stigmatisierten Jugendlichen - mit allen damit einhergehenden psycho-sozialen Belastungen.

3. Neu entstehende Branchen mit vorwiegend neuen Technologien (IT-Berufe, erneuerbare Energien) haben bis jetzt kaum Anschluss an das duale System gefunden. Besonders in der Industrie mit traditionell guten Ausbildungsmöglichkeiten nimmt die Bereitschaft auszubilden stetig ab.

Ein großer Teil der Jugendlichen wird nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht von der Möglichkeit einer Berufsausbildung ausgeschlossen.

Jedes Jahr verbleiben mehr als hunderttausend Bewerber ohne Ausbildungsplatz. 2009 ist das Angebot von Ausbildungsplätzen erneut um 8 %

(West) bzw. 13 % (Ost) gesunken.. Ca. 15 % aller Jugendlichen im Alter von 20 bis 29 Jahren (1 ½ Millionen) haben mittlerweile keinen Berufsabschluss.

4. Die Beruflichen Schulen büßen ihre ursprüngliche Funktion ein, Jugendliche berufsqualifizierend zu bilden. In den Schulformen Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), Berufsgrundschuljahr (BGJ), Berufsfachschule

(BFS) drängeln sich Jugendliche ohne Perspektive und Motivation und drehen Warteschleifen in der (meist vergeblichen) Hoffnung auf eine Ausbildungsstelle. Rund 1/2 Million der Jugendlichen eines Jahrgangs, das heißt ca. 40 % aller Schüler an Beruflichen Schulen, befinden sich im sogenannten „Übergangssystem“ (1995 noch 31,9 %). Selbst die Fachoberschule

(FOS) – ursprünglich als Berufsaufbauschule für Facharbeiter zum Erwerb der Hochschulreife geplant – ist zu einer Ausbildungs-Ersatz-Schulform mutiert und wird den Anforderungen für eine weiterführende akademische Bildung nicht mehr gerecht; ihre Absolventen konkurrieren mit den Hauptschülern um die wenigen Ausbildungsplätze. Der durchschnittliche biographische Beginn einer Ausbildung ist mittlerweile auf 20 Jahre geklettert (1970: 16,5 Jahre) .

Jahre verschleuderter Lebenszeit, Demotivierung, Verschwendung von Ressourcen

5. Schul – und Berufserfolg ist in Deutschland stark herkunftsbestimmt:

Die soziale Stellung der Eltern bestimmen den Bildungserfolg der Kinder. 90 % der Studierenden an Hochschulen kommen in Deutschland aus den sog.

bildungsbürgerlichen Schichten , dagegen bleiben 33 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne jeglichen Berufsabschluss.

6. Im selben Maße wie das allgemeine Schulsystem erweist sich auch die berufliche Ausbildung als undurchlässig – mit steigender Tendenz. Immer schwieriger gestalten sich für Jugendliche mit Berufsabschluss die Möglichkeiten, auf dem „Zweiten Bildungsweg“ ihr Ziel zu erreichen. Der Aufstieg zu höheren Bildungsabschlüssen oder der Anschluss eines Hochschulstudiums bleibt den Jugendlichen in der Praxis verwehrt – Berufsausbildung erweist sich als Sackgasse.

7. Die Antwort neoliberaler Bildungsplaner (als „angelsächsisches Modell“ vertreten insbesondere durch Weltbank und die Europäische Union) ist nicht Integration dieser Jugendlichen, sondern Atomisierung in einem deregulierten Ausbildungsmarkt. Unter Begriffen wie Flexibilisierung, Modularisierung der Lerninhalte und Selbstverantwortung sollte sich der Staat seiner Verantwortung entledigen und das Geschäft internationalen Bildungsanbietern überlassen.

Fazit:

Das berufliche Bildungswesen gründet sich auf einem höchst defizitären allgemeinen Schulsystem. Trotz des in der Vergangenheit bewährten kooperativen dualen Systems scheidet es zunehmend, der Mehrzahl der Jugendlichen eine sichere berufliche Perspektive anzubieten und Industrie und Handwerk mit motivierten und hoch qualifizierten Facharbeitern zu versorgen.

Wir fordern: Umsteuern in der Berufsbildung! Anpassung des Beruflichen Bildungssystems an die modernen Arbeits- und Lebensbedingungen unter Berücksichtigung der psychischen und sozialen Bedürfnisse der Jugendlichen..

Das heißt für uns Linke im Einzelnen:

1. Freie Wahl des Berufes – ein Recht auf Ausbildung

Freie Wahl des Berufes schließt ein, dass die Jugendlichen eine reale Chance haben, einen Beruf zu ergreifen, der hohen Qualitätsanforderungen gerecht wird, d. h. zukunftsfähig ist und den Neigungen der Heranwachsenden entgegenkommt. Das funktioniert nur, wenn deutlich mehr Ausbildungsplätze angeboten als nachgefragt werden. Wir fordern ein im Grundgesetz verbrieftes Recht jedes Jugendlichen auf Ausbildung.

2. Gerechte Verteilung der Kosten: eine solidarische Ausbildungsfinanzierung

Es geht nicht an, dass von Jahr zu Jahr mehr als hunderttausend Ausbildungsplätze fehlen. Jeder einzelne fehlende Platz kennzeichnet ein individuelles Schicksal. Die Erfüllung von langfristigen Lebensperspektiven darf nicht von dem Auf und Ab kapitalistischer Konjunkturzyklen abhängig sein, Wirtschaftskrisen dürfen nicht auf dem Rücken der Jugendlichen ausgetragen werden. Nur rund 20 % aller Betriebe bilden noch aus – doch alle Betriebe profitieren davon. Wir fordern Solidarität aller Vorteilsnehmer der qualifizierten Arbeitskraft: Alle nicht ausbildende Betriebe zahlen je nach ihrer Ertragskraft in einen Fond, aus dem ausbildende Firmen, vollschulische Ausbildung in Berufsschulen und überbetriebliche Institutionen gefördert werden.

3. Verantwortlichkeit und Qualität der Ausbildung

Das duale System muss erhalten aber reformiert werden. Duale Berufsausbildung bedeutet praktisch und theoretisch vermittelte breite Grundbildung und systematischen Aufbau von Fähigkeiten und Fertigkeiten nach Maßgabe eines Berufsbildes, das von den Sozialpartnern und von demokratisch legitimierten Einrichtungen gemeinsam verantwortet wird. Damit Berufsbildung den veränderten technologischen und wirtschaftlichen Bedingungen gerecht wird, fordern wir:

a. Reform der Ausbildungspläne: Umfassende berufliche, soziale und persönliche Kompetenz ist die Voraussetzung zum lebenslangen Lernen. Ziel der Ausbildung ist die unmittelbare Beschäftigungsfähigkeit, Durchlässigkeit zu gehobenen Bildungsabschlüssen (Zweiter Bildungsweg) und eine Gleichstellung zu entsprechenden schulisch erworbenen Abschlüssen im europäischen Kontext (EQR – Europäischer Qualifikationsrahmen).

Methodisch-fachwissenschaftliche Kenntnisse, Technikfolgenabschätzung und allgemeinbildende Inhalte müssen in diesem Zusammenhang eine größere Gewichtung bekommen. Eine reflexionslose Anpassung an den „Ablauf von Geschäftsprozessen“ bedeutet lediglich Verdoppelung der betrieblichen Erfahrung und wird diesem Anliegen nicht gerecht. In den Betrieben werden die neuen auf den „Ablauf von Geschäftsprozessen“ orientierten Ausbildungsinhalte immer häufiger dazu benutzt, ausbildungsfremde Tätigkeiten zu legitimieren. Dagegen fordern wir, dass die personellen und institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden, um in einem handlungsorientierten Unterricht und in Kooperation mit dem Lernort Betrieb Theorie und Praxis sinnvoll zu verzahnen.

b. Die große Zahl der Berufsbilder, nach denen ausgebildet wird, erweist sich als dis-funktional in einer dynamischen wissensorientierten Gesellschaft, in der sich technische Inhalte schnell ändern. Das berufliche Spektrum soll auf wenige (europäische) Kernberufe reduziert werden. Solche Kernberufe zeichnen sich aus durch fest-geschriebene, einheitliche und länderübergreifende Qualifikationen, die für ein breites Beschäftigungsfeld relevant sind. Dies erleichtert die Erfüllung des Bildungsauftrags für Berufsschulen in Zeiten zurückgehender Schülerzahlen (Erhalt von Fachklassen); die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und damit die Mobilität der Fachkräfte innerhalb der Mitgliedsländer der Europäischen Union

c. Im Gegensatz zu aktuellen Bestrebungen, die Berufsausbildung nach Modulen zu organisieren, die beliebig auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt erworben werden können und keinerlei didaktischer Hierarchisierung unterliegen, bestehen wir auf einer mindestens dreijährigen dualen Berufsausbildung mit einer Berufsabschlussprüfung. Weitergehendes Ziel bleibt eine Berufsabschlussprüfung, die paritätisch unter gemeinsamer Verantwortung der Betriebe (Kammern, Gewerkschaften) und staatlicher Aufsicht durchgeführt und verantwortet wird.

Für die berufliche Beschäftigungsfähigkeit werden in europäischen Ländern vermehrt Zertifikate für bestimmte Tätigkeiten gefordert. Sofern die deutsche duale Ausbildung diese Kompetenzen abbildet, sollten diese auch nach Vorlage des Berufsabschlusszeugnisses anerkannt und ggf. zertifiziert werden.

4. Die Lernorte der beruflichen Bildung

a. Der Betrieb als Ort der praktischen Ausbildung

Der Auszubildende eignet sich hier unter Marktbedingungen - aber im tariflich abgesicherten und durch das Jugendarbeitsschutzgesetz geschützten Rahmen - die geforderten praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten an. Um eine vergleichbare Qualität zu gewährleisten, fordern wir eine regelmäßige Offenlegung, ob vom jeweiligen Ausbildungsbetrieb die nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Ausbildungsinhalte angeboten werden können.

Um Lerndefizite in extrem spezialisierten Betrieben auszugleichen, wird empfohlen, Ausbildungsverbände mit Betrieben ergänzender fachlicher Schwerpunktsetzung zu gründen.

Wir begrüßen die Wiedereinführung der Ausbildereignungsprüfung, die eine gleichmäßige Qualität der betrieblichen Ausbildung gewährleisten soll und fordern eine rasche praktische Umsetzung. Dazu gehört ein ausreichendes Angebot von Weiterbildungsmöglichkeiten für Meister und Techniker, um sich als Ausbilder zu qualifizieren..

b. Lernort Berufsschule

b1. Der Fachunterricht in der Berufsschule leidet unter der Theoretisierung der Lerninhalte, hier macht sich die Trennung der Lernorte negativ bemerkbar. Dieses Manko ist auszugleichen durch eine bessere materielle Ausstattung für den Labor-Unterricht. Konkurrierende Unterrichtung in der Berufsschule und in den Berufsbildungszentren ist kontraproduktiv. Die Werkstätten können gemeinsam genutzt werden, Ausbilder der Kammern und Lehrkräfte der beruflichen Schulen kooperieren im Lernangebot.

b2. Die vorherrschende Unterrichtsform soll der Projektunterricht sein. Es ist zu überprüfen, ob die Trennung zwischen Theorielehrer und Fachlehrer nicht zugunsten des „Instruktorprinzips“ aufgehoben werden kann.

Elektronisch gestütztes Lernen („E-Learning“) soll unterrichtsbegleitend und unterrichtsvertiefend genutzt werden; es darf keinesfalls persönliches systematisches Unterrichten durch qualifizierte und pädagogisch gebildete Lehrkräfte ersetzen.

b3. In das Berufsabschlusszeugnis („Facharbeiterbrief“) sollen die im Verlauf der betrieblichen Ausbildung und die in der Berufsschule erbrachten Leistungen obligatorisch eingehen. Zusätzlich sollen die im Laufe der Ausbildung erworbenen Zusatzqualifikationen (für eine spätere Hochschulbildung relevantes Wissen, Fremdsprachen, Spezialkenntnisse relevant für die berufliche Weiterbildung) im Zeugnis vermerkt sein.

b4. Angesichts des chronischen Lehrstellenmangels sollen Berufsschulen die Voraussetzungen erhalten, in bestimmten Berufen (nach § 43,2 BBiG) vollschulisch auszubilden. Dazu sollen entsprechende berufliche Fachschulen nach Bedarf eingerichtet werden. Die Berufsabschlussprüfung ist wie bei der herkömmlichen betrieblichen Ausbildung abzulegen.

Eine vollschulische Ausbildung wird mit den Betrieben der Region in Kooperation durchgeführt, um die nötige Betriebserfahrung der Auszubildenden sicherzustellen.

Als Voraussetzung für die vollschulische Ausbildung an den Berufsschulen muss im Vorfeld durch den Gesetzgeber die Finanzierung durch eine Berufsbildungsumlage geregelt sein. Das kann regional oder branchenspezifisch geschehen (siehe Punkt 2).

Die Zahlung von Schulgebühren durch die Auszubildenden lehnt Die Linke ab.

b5. Die studienqualifizierenden Bildungsgänge der Berufsschule (wie Fachoberschule, berufliches Gymnasium) erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe für die Möglichkeit eines Zweiten Bildungsweges für die Jugendlichen und für die Deckung des zukünftigen Bedarfs an Fachkräften und Ingenieuren. In der Stundentafel sind ausreichend Unterrichtsstunden für den fachwissenschaftlichen und allgemeinbildenden Unterricht vorzusehen. Durch Verbundsysteme, Zusatz- und Wahlpflichtangebote (z. B. Fremdsprachen) ist der Übergang zwischen den beruflichen Schulformen nach Berufsbildungsgesetz und den studienqualifizierenden Bildungsgängen zu fördern.

b6. Berufsgrundschuljahr und Berufsvorbereitungsjahr sind abzuschaffen.

b7. Um Schüler und Schülerinnen, die noch nicht über die nötige Berufsreife verfügen, sich noch nicht über ihren Berufswunsch im klaren sind oder sich umorientieren wollen, ist eine einjährige Produktionsschule einzurichten.

Diese neue Schulform baut auf dem 9. bzw. 10. Schuljahr auf, kann aber Praktika zur Berufsorientierung für Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe I im Rahmen ihrer Möglichkeiten anbieten. Sie verzichtet auf formale Eingangsvoraussetzungen und erleichtert Übergänge zu parallelen beruflichen Schulformen. Ihr Ziel ist es, die Jugendlichen auf kreative Weise mit den Anforderungen und den Vorteilen eines Berufes vertraut zu machen.

b8. Für Lehrkräfte an beruflichen Schulen ist ein schlüssiges fachliches und pädagogisches Fortbildungsangebot zu entwickeln. Nach fünf Jahren Unterrichtstätigkeit ist eine Rückkopplung an den neuesten Stand der Technik bzw. der Fachwissenschaft vonnöten. Dies soll durch ein halbjähriges Praktikum in einem Betrieb oder durch eine Fortbildung an der Hochschule in Vollzeit oder unterrichtsbegleitend möglich sein.

b9. Um das Wissenspotential der Lehrkräfte und die technische Ausrüstung an beruflichen Schulen zu nutzen und zugleich auf den wachsenden Bedarf an beruflicher Weiterbildung und Umschulung von Fachkräften im Handwerk und in der Industrie zu antworten, können von der Schule Fortbildungskurse angeboten werden. Diese

Kurse dürfen nicht zu Lasten des allgemeinen Bildungsauftrags der beruflichen Schulen gehen oder konkurrierend zu

Bildungsanbietern auf dem „freien Markt“ angeboten werden .

Zu diesem Zweck kann das Land Hessen den Berufsschulen Deputatstunden bis max. 10 % der Gesamtstundenzahl der Schule für Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Die Berufsschulen bieten diese Weiterbildungskurse im öffentlichen Auftrag an (z. B. ARGE). Kursgebühren können von den Teilnehmern nicht erhoben werden. Vorzugsweise kommen dabei Maßnahmen infrage, die eine Höherqualifizierung der Teilnehmer zum Ziel haben (z. B. Techniker- und Meisterkurse).

b10. Die Berufsschulen verbleiben in öffentlicher Hand. Einer Umwandlung in eine neue Rechtsform (Anstalt des öffentlichen Rechts, GmbH, Stiftung etc.) erteilen wir eine Absage. Bildung – auch und besonders berufliche Bildung - ist keine Ware, sondern ein Recht jeden Bürgers und bedarf der öffentlichen und demokratischen Kontrolle. Dies ist die Voraussetzung, dass Begabungen im Höchstmaß gefördert werden und Lernschwache zu einer beruflichen Existenz geholfen wird. Berufsbildung in öffentlicher Hand ist der Garant für Bildungsgerechtigkeit und die Voraussetzung für den Wohlstand unseres Landes.

b11. Wir unterstützen die Forderung zu mehr Selbständigkeit. Wir verstehen darunter eine größere Eigenverantwortung in Aus- und Weiterbildung nach Erfordernissen des schulischen Umfeldes bzw. der Region, sowie eine verstärkte Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten und der Schulgemeinde. Das in Hessen laufende Pilotprojekt „Selbstverantwortung plus“ ist einem einjährigen Moratorium und einer anschließenden Neubewertung zu unterziehen. Dem Projekt liegt die erklärte Absicht zugrunde, die Berufs – und später auch allgemeinbildende Schulen - zu „selbständigen Wirtschaftsbetrieben“ umzuwandeln, die in einem deregulierten Bildungsmarkt untereinander konkurrieren. Dieses Programm dient als Einstieg in die Privatisierung beruflicher Schulen (siehe „Modell Hamburg“); es geht zu Lasten von Jugendlichen bildungsferner Schichten und vertieft die Probleme an sozialen Brennpunkten.

In einer von unabhängiger Seite durchgeführten Evaluation soll dargestellt werden, in welcher Weise das Projekt für die oben beschriebenen Defizite in der Qualität der Ausbildung, für das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und für die psycho-soziale Stabilisierung der heranwachsenden Jugendlichen eine Lösung sein kann.

c. Überbetriebliche Ausbildung in freier Trägerschaft

Jugendliche, die aus Gründen der Herkunft (Migration) oder regional benachteiligt sind, können auch in Institutionen mit freier Trägerschaft (meist gemeinnützige Vereine) eine Ausbildung absolvieren. Die Träger müssen sich für die entsprechenden Programme der Geber (z. B. Bundesanstalt für

Arbeit) unter Konkurrenzbedingungen bewerben, wobei oft nur der Preis das ausschlaggebende Kriterium ist. Die Auftragnehmer unterliegen dem Zwang, Preise und Löhne zu drücken und sind nicht mehr imstande langfristig zu planen und qualifiziertes Personal vorzuhalten. Die Linke fordert auch hier:

Aufbau eines verlässlichen und qualitativ hochwertigen Verbundsystems zur beruflichen Bildung, das die Erfahrung und die Kompetenzen der Betriebe, Schulen und freien Träger berücksichtigt. Die Aufträge – sofern sie strukturpolitisch sinnvoll sind – dürfen an die Träger nur auf der Grundlage einer mittelfristigen Bildungsbedarfsplanung, transparenter Qualitätskriterien und funktionierender paritätischer Kontrollgremien vergeben werden.

Fazit:

Die Linkspartei setzt sich ein für eine breit angelegte Reform der Berufsbildung - auf der Grundlage einer Reform der vorausgehenden Allgemeinbildung („gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse“) und eines gesetzlich verankerten Rechts auf Ausbildung für alle Jugendliche. Die beteiligten Institutionen der Berufsausbildung sind in die Lage zu versetzen, den Jugendlichen eine qualitativ hochstehende Erstausbildung zu garantieren und ihren Verfassungsauftrag zu erfüllen, den Jugendlichen eine breite Allgemeinbildung zu vermitteln. Dies ist die Grundlage für eine sichere Lebens- und Zukunftsplanung - unabhängig von Herkunft und Geschlecht. Es ist zugleich die Basis für lebenslanges Lernen in einer sich schnell verändernden Arbeitswelt sowie die Voraussetzung zur demokratischen Mitgestaltung der Arbeits- und Produktionsprozesse und des öffentlichen Lebens. Berufsbildung ist Grundrecht. Berufsschulen verbleiben in Öffentlicher Hand und damit unter demokratischer Kontrolle.

Beschluss: Nichtbefassung und Überweisung an den Landesvorstand mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen

Antrag 05-12

Antragssteller: *Linksjugend[‘solid]Hessen*

Antragsthema: Aufbau und Erhalt selbstverwalteter Jugendzentren

Antrag:

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE Hessen möge beschließen:

„DIE LINKE Hessen setzt sich überall in Hessen für den Aufbau und den Erhalt selbstverwalteter Jugendzentren ein. Sie fordert das Bundesland Hessen und dessen Kommunen dazu auf selbstverwaltete Räume für Jugendliche zur Verfügung zu stellen und diese finanziell zu unterstützen. DIE LINKE Hessen solidarisiert sich mit allen Initiativen, die dies zum Ziel haben.“

Beschlussfassung: Bei einer Gegenstimme so beschlossen

Antrag 06-17

Antragsteller: DIE LINKE. Kreisverband Main-Kinzig

Antragsthema: Biblis abschalten

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. Hessen ist Teil der Anti-Atom-Bewegung. Wir fordern die sofortigem Stilllegung aller Atomkraftwerke, unter anderem Biblis. Ausserdem verurteilen wir das Einknicken der Bundesregierung sowie der hessischen Landesregierung vor der

Atomlobby und lehnen eine Laufzeitverlängerung der Todestechnologie entschieden ab.

Beschlussfassung: Bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen so beschlossen

Antrag 07-18

Antragsteller: Kreisverband Main-Kinzig

Antragsthema: Gymnasialer Bildungsgang – Übernahme der Schülerbeförderungskosten gemäß § 161 Hessisches Schulgesetz

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die LINKE Hessen fordert eine Änderung des genannten Gesetzes von der Hessischen Landesregierung. Die Schülerbeförderungskosten für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe und alle weiterführenden Schulen müssen vom Land übernommen werden.

Beschlussfassung: Einstimmig so beschlossen

Antrag 08-21

Antragsteller: Kreisverband Main Kinzig

Antragsthema: Aus- / Neubau der Bahnstrecke Hanau-Fulda

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Linke Hessen fordert einen baldigen Aus-/Neubau der Bahnstrecke Hanau – Fulda. Wir fordern einen ökologisch vertretbaren vierspurigen Ausbau mit umfassendem Schallschutz innerhalb und außerhalb von Ortschaften – und das schnellstmöglich. Die Bundesregierung will künftig nur noch jährlich 1,23 Milliarden Euro für Aus- und Neubaustrecken zur Verfügung stellen. Der Aus- und Neubau der Bahnstrecken im Kinzigtal hat auch keine Berücksichtigung in den jeweiligen Investitionsrahmenplänen des Bundes gefunden.

Jetzt gilt es erst recht und mit Nachdruck eine konzertierte Aktion gemeinsam zu starten und gegen diese Pläne massiven Einspruch zu erheben. Gemeinsame Aktionen der Betroffenen, aller Verbände und der Parteien können etwas ändern.

Beschlussfassung: Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen

Antrag 09-14

Antragsteller: Kreisverband Limburg-Weilburg

Antragsthema: Verbesserung des Datenschutzes bei den Kommunen

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Landtagsfraktion wird vom Parteitag aufgefordert sich im Landtag dafür einzusetzen, dass die Datenschutz rechtlichen Rahmenbedingungen in soweit verbessert werden, dass die Kommunen Personenbezogene Daten nicht weiterhin an Vereine geben dürfen.

Beschlussfassung: Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen

Initiativantrag 03

Antragsteller: Lisa Hofmann, Ulrich Wilken u.a.

Antragsthema: Protestkundgebung der Aktionsgruppe Georg Büchner

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. Hessen ruft zu den Protestkundgebungen der Aktionsgruppe Georg Büchner am 18. Oktober 2010 in Frankfurt am Main auf und unterstützt die hessische Mobilisierung

Beschlussfassung: Bei einer Gegenstimme so beschlossen

Antrag 10-25

Antragsteller: Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Antirassismus

Antragsthema: Islamischer Religionsunterricht / Islamkunde in Hessen
Wiesbadener 10-Punkte-Erklärung

Antrag:

Der Landesparteitag möge sich der Wiesbadener Erklärung anschließen und beschließen:

Wiesbadener 10-Punkte-Erklärung

1. Seit Anbeginn menschlicher Kultur ist Religiosität ein Versuch, die Beschaffenheit der Welt sowie die Herkunft, den Sinn und das Ziel der Existenz des Menschen zu erklären.
2. Seit der Aufklärung hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass ein aufgeklärter demokratischer Staat zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet ist. Wir treten deshalb für eine konsequente Trennung von Staat und Kirche ein.
3. Im Namen von Religionen gab und gibt es immer wieder Bewegungen, die sich für Freiheit und gleiche Rechte aller einsetzen. Andererseits wurden Menschen im Na-

men von Religionen über Jahrtausende bis heute immer wieder große Verbrechen zugefügt.

4. Religion ist Privatsache. Deshalb steht es jeder Genossin und jedem Genossen frei, sich einem religiösen Bekenntnis zuzuwenden. Andere verstehen sich als Agnostiker/ Agnostikerin oder Atheist/Atheistin.

5. Nach unserer Sicht ist die Partei DIE LINKE weder anti- noch pro religiös. Sie setzt sich für Meinungsfreiheit und damit auch für Glaubensfreiheit ein. Solange in unserem Staat Weltanschauungen und Glaubensrichtungen besondere Rechte zugestanden werden, sind diese selbstverständlich gleichberechtigt zu behandeln.

6. Wir sahen und sehen es als eine mögliche Funktion von Religion an, unterdrückte und ausgebeutete Menschen von einem Kampf für ein besseres Leben im „Diesseits“ abzuhalten. Diesem Verständnis und dieser Funktion von Religion stellen wir uns mit Aufklärung und Solidarität für eine bessere Welt im "Diesseits" entgegen. Dazu suchen wir das Bündnis mit allen religiösen Kräften, die sich in diesem Sinne verstehen.

7. Der interreligiöse Dialog, der auch Weltanschauungen umfassen sollte, muss auf allen Ebenen einer Gesellschaft geführt werden. Hierbei kann es keine Leitkultur geben, sondern der Austausch über Gemeinsamkeiten und Unterschiede muss auf gleicher Augenhöhe zwischen allen Religionen und Weltanschauungen erfolgen.

8. In Ländern, in denen der konfessionsgebundene Religionsunterricht gesetzlich verankert ist, setzen wir uns für die Etablierung eines islamkundlichen Unterrichts oder eines islamischen Religionsunterrichts und damit für eine Gleichbehandlung des Islam ein. Das gilt auch für andere Religionen und Weltanschauungen.

9. Islamkundlicher Unterricht oder islamischer Religionsunterricht soll von an deutschen Universitäten ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern in deutscher Sprache gegeben werden.

10. Schule hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche verschiedener Weltanschauungen und Religionszugehörigkeiten in einen Dialog zu bringen und allen Kindern und Jugendlichen notwendiges Wissen über Religionen und Weltanschauungen zu vermitteln. Wir setzen uns daher auch in Hessen für einen gemeinsamen werte- und konfessionsübergreifenden Ethik- und Religionskundeunterricht ein, der einer eigenen fachlich qualifizierten Ausbildung bedarf.

Beschlussfassung: Überweisung an Landesvorstand mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

Initiativantrag 02

Antragsteller: Jan Schalauske u.A.

Antragsthema: Keine „Schuldenbremse“ in die Hessische Verfassung

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Parallel zur Kommunalwahl am 27.03.2011 plant die Landesregierung eine Volksabstimmung über die Verankerung einer „Schuldenbremse“ in die Hessische Landesverfassung. DIE LINKE Hessen lehnt das Vorhaben ab und wird gemeinsam mit BündnispartnerInnen aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Parteien unterschiedenen Widerstand organisieren.

2. Die Aktivitäten gegen die „Schuldenbremse“ wollen wir zu einem wichtigen Bestandteil des Kommunalwahlkampfes 2011 entwickeln. Im Mittelpunkt soll der Zusammenhang zwischen der Finanznot der Kommunen und der Steuersenkungspolitik in Bund und Land stehen. Das Land Hessen hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem.

3. Der Landesparteitag empfiehlt allen kommunalen MandatsträgerInnen bzw. Fraktionen, folgenden Antrag in die lokalen Parlamente einzubringen:

„- Das Kommunalparlament der Stadt XY lehnt eine Verankerung der so genannten „Schuldenbremse“ in der Hessischen Landesverfassung aus kommunalpolitischen Gründen ab.

- Das Kommunalparlament fordert die Fraktionen der Regierungskoalition im Hessischen Landtag auf, ihre Pläne aufzugeben, eine Volksabstimmung zur Verankerung dieser „Schuldenbremse“ in der Hessischen Verfassung gleichzeitig mit der Kommunalwahl am 27. März 2011 durchzuführen.

- Sollte diese Abstimmung dennoch stattfinden, fordert das Kommunalparlament die Bürgerinnen und Bürger auf, diese Verankerung abzulehnen.“

Beschlussfassung: Einstimmig so beschlossen

Resolution 06

Antragsteller: Dieter Hooge, Franz Uphoff u.a.

Antragsthema: Politische Angriffe gegen den DGB-Landesbezirksvorsitzenden Stefan Körzell

Resolution:

Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Florian Rensch, hat das Grußwort des hessischen DGB-Vorsitzenden Stefan Körzell auf dem Landesparteitag der LINKEN in Langenselbold zum Anlass genommen, massive politische Angriffe zu starten.

Er hat dabei die parteipolitische Unabhängigkeit des DGB in unerträglicher Weise in Frage gestellt. DIE LINKE wird von Rensch zum wiederholten Male in diesem Zusammenhang wüst beschimpft. Er unterstellt Stefan Körzell und uns, dass uns die Zukunft unserer Kinder egal sei, dass wir einen Missbrauch der Generationengerechtigkeit betreiben und politischen Linksegoismus praktizierten.

Der Landesparteitag weist in aller Deutlichkeit diese üblen politischen Entgleisungen und die unerträglichen persönlichen Angriffe gegen Stefan Körzell zurück. Es ist eine politische Anmaßung, wenn ein Vertreter der FDP Begriffe wie Generationengerechtigkeit und Linksegoismus in dieser Form missbraucht. Rensch und die FDP stehen für ein unsoziales Hessen und für eine gnadenlose Lobbypolitik im Interesse ungebremster Profite für Banken, Konzerne und Reiche. Die FDP steht für soziale Ausgrenzung der Menschen, die auf einen funktionierenden Sozialstaat angewiesen sind und in der LINKEN eine engagierte politische Interessenvertretung haben.

Der Landesparteitag fordert Rensch auf, die politische Unabhängigkeit des DGB zu akzeptieren und im Rahmen einer zivilisierten politischen Kultur die politische

Beschlussfassung: Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen

Antrag 10-04

Antragstelle: Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit/Soziales Hessen

Antragsthema: Rücknahme der Heizkostenzahlungsabwälzung

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:
Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Heizkostenzahlung für Wohngeldbezieher beizubehalten.

Beschlussfassung: Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen

Antrag 11-10

Antragsteller: Yvonne Schäfer-Henrich (KV Gießen) und weitere 25 Unterzeichner

Antragsthema: ELENA-Verfahrensgesetz außer Vollzug setzen

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:
Hiermit wird die Bundesregierung aufgefordert, das Gesetz über das Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA-Verfahrensgesetz) außer Vollzug zu setzen.

Beschlussfassung: Einstimmig so beschlossen

Antrag 12-11

AntragstellerInnen: Choni Flöther, Leonie Blume u.a.

Antragsthema: Widerstand gegen das Sparpaket der Bundesregierung

Antrag:

Änderung des Antrags „Widerstand gegen das Sparpaket der Bundesregierung“
Die LINKE Parteitag Hessen unterstützt den Widerstand gegen das Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung. Deshalb werden die Kreisverbände aufgefordert - gemeinsam mit Gewerkschaften, Antikrisenbündnissen, Erwerbslosen, Beschäftigten, Rentnerinnen, Auszubildenden, Schülerinnen und Studierenden und ihren Organisationen - Protestinitiativen vor Ort während des internationalen Aktionstages des europäischen Gewerkschaftsbundes am 29. September zu ergreifen bzw. wenn diese bereits stattfinden, zu unterstützen. Der 29.09. kann somit zum Auftakt für einen kämpferischen heißen Herbst werden. Für diesen Zweck stellt der Landesverband Material zur Verfügung und stellt neben einem klaren „Nein zum Sparpaket“ folgende Forderungen in den Mittelpunkt:

- Weg mit dem Sparpaket, Gesundheitsreform und Kürzungen in Ländern und Kommunen

- Die Reichen sollen für die Krise zahlen: Für eine Millionärssteuer
- Abschaffung von Hartz IV
- Verstaatlichung der Banken - unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung
- Statt Arbeitsplatzabbau und Billigjobs - Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Die Gewerkschaftsmitglieder innerhalb der Linken regen innerhalb der Gewerkschaften Diskussionen über effektiven Widerstand einschließlich politischer Streiks gegen das Sparpaket an.

Beschlussfassung: Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen

Antrag 19-08

Antragsteller: LAG Frieden und internationale Politik

Antragsthema: Respektierung der Beschlusslage der Partei

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir missbilligen das Verhalten von 25 Abgeordneten der Bundestagsfraktion bei der Abstimmung des Bundestages zur Verlängerung der UNO-Mission im Sudan (UNMIS). Die 25 Abgeordneten lehnten nicht die Verlängerung des Mandats ab, sondern enthielten sich der Stimme.

Dabei ist die Beschlusslage unserer Partei „DIE LINKE“ klar: Wir stehen gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir sind Friedenspartei.

Darüber hinaus haben die 25 Abgeordneten den Auftrag des zweiten Parteitags in Rostock in den Wind geschlagen, „nicht nachzulassen, unsere Kernforderungen täglich in der Gesellschaft zu verankern und unser politische Profil auszubauen“.

Für uns als LINKE und insbesondere für das Auftreten und Verhalten unserer Bundestagsabgeordneten sollte die Position Rosa Luxemburgs Orientierung sein:

„Für uns sind die Wählermassen kein Stimmvieh, wie für die bürgerlichen Parteien, über das man ohne ihr Vorwissen verfügen dürfte, sie sind kein Objekt unserer Politik, sondern deren bewusste, überzeugte Träger.“(RL, 29.2.1912, „Unsere Stichwahltaktik“)

Beschlussfassung: Nichtbefassung

Antrag 13-23

Antragsteller: Landesarbeitsgemeinschaft Sozialistische Linke,
Kreisverband Darmstadt

Antragsthema: Gesetzliche Regelung Tarifeinheit

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Keine gesetzliche Einschränkung des Streikrechts - gewerkschaftliche Einheit politisch durchsetzen!

Das Bundesarbeitsgericht hat im Juni 2010 entschieden, dass sich im Falle konkurrierender Tarifverträge in einem Betrieb die Anwendbarkeit des Tarifs nach der Gewerkschaftszugehörigkeit der Beschäftigten richtet. Diese Entscheidung verringert einerseits die Möglichkeiten der Unterbietungskonkurrenz durch christliche und andere Pseudo-Gewerkschaften. Andererseits wird die Position von Spezialistengewerkschaften wie dem Marburger Bund, der GdL oder Cockpit gestärkt.

Als Reaktion auf dieses Urteil fordern der DGB und die Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in einer gemeinsamen Initiative den Gesetzgeber auf, das Prinzip der Tarifeinheit in einem Betrieb künftig per Gesetz festzuschreiben. Es soll jeweils der Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft gelten. Dieser Vorschlag würde das Streikrecht von Minderheiten-Gewerkschaften stark einschränken.

Die Konsequenz eines solchen gesetzlichen Eingriffs in das Tarifrecht wäre die Einschränkung der Koalitionsfreiheit und der Tarifautonomie nach Artikel 9 Abs. 3 GG. Außerdem birgt sie unwägbare Risiken für die Einheitsgewerkschaften selbst.

Als Lehre aus der deutschen Geschichte betrachten wir die Einheit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung als ein besonderes, schützenswertes Gut. Sie stärkt die Kampfkraft und die Durchsetzungsfähigkeit der Lohnabhängigen. Die Alleingänge der Spezialistengewerkschaften sind jedoch nur Ausdruck und nicht die Ursache der Krise der Gewerkschaften. Wo die Einheit bedroht ist, muss sie mit gewerkschaftspolitischen Mitteln und durch gemeinsamen Kampf wieder hergestellt werden. Hierfür sollten sich die gewerkschaftlich aktiven Mitglieder der LINKEN nach Kräften einsetzen.

Wir können der Einschränkung des Streikrechts nicht zustimmen, für wen und für welche Organisation auch immer. Wir brauchen im Gegenteil die Ausweitung dieses Widerstandsrechtes, wir brauchen die definitive Klarstellung, dass auch ein politischer Streik in Deutschland legal ist.

Wir rufen den Parteivorstand auf, vor dem Hintergrund dieser kritischen Einschätzung einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit mit den Gewerkschaften in Dialog zu treten.

Beschlussfassung: Überweisung als Material an den Landesvorstand bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen

Änderungsantrag 07

Antragsteller: Kreisverband Main-Kinzig

Antragsthema: Dialog mit dem hessischen DGB und seinen Gewerkschaften zur gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit

Antrag: Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Antrag 13-23 soll wie folgt geändert werden:

Keine gesetzliche Einschränkung des Streikrechts - gewerkschaftliche Einheit politisch durchsetzen!

Der Landesparteitag ruft den Parteivorstand auf, vor dem Hintergrund der Diskussionen um die gesetzliche Regelung der Tarifeinheit mit den Gewerkschaften in einen Dialog einzutreten. Dabei sind insbesondere auch die Fachfrauen und -männer aus der LINKEN in Hessen und sowie die einschlägigen Arbeitsgemeinschaften zu beteiligen. Im Landesvorstand und im Landesrat wird regelmäßig über den Fortgang berichtet.

Beschlussfassung: Überweisung als Material an den Landesvorstand bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen

Antrag 14-16

Antragsteller: Nico Weinmann (KV Kassel-Stadt) und weitere 25 Unterzeichner

Antragsthema: Gesetzliche Regelung Tarifeinheit

Antrag:

Der LINKE-Landesparteitag Hessen möge beschließen:

Der LINKE Parteitag Hessen lehnt das von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) und dem DGB vorgestellte Papier „Eckpunkte für ein Tarifvertragsgesetz“ ab. Die vorgeschlagene Tarifeinheit per Gesetz richtet sich gegen ArbeitnehmerInneninteressen.

Sie würde das Streikrecht unterminieren und die Möglichkeiten von Belegschaften ihre Belange tarifvertraglich zu regeln einschränken. Einheit in der Gewerkschaftsbewegung ist durch kämpferische Politik zu erreichen, die auf demokratisch entwickelten, offensiven Forderungen basiert.

Beschlussfassung: Überweisung als Material an den Landesvorstand bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen

Initiativantrag 04

Antragsteller: Kreisverband Main-Kinzig

Antragsthema: Aktionen gegen die Kürzungspläne der Schwarz-Gelben-Regierung

Schwarz-Gelb einen heißen Herbst bereiten

Im Herbst dieses Jahres entscheidet sich, ob es Schwarz-Gelb gelingt, die Politik der Umverteilung von Unten nach Oben fortzusetzen. Die Bundesregierung will mit ihrem Kürzungspaket vor allem Erwerbslose, Geringverdienende und Familien die Zeche für die Finanzmarktkrise zahlen lassen. Zugleich will die Bundesregierung mit ihrer „Gesundheitsreform“ die Bürgerinnen und Bürger noch stärker belasten und eine verkappte Kopfpauschale einführen. Wenn im November der Bericht über die Lage älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt vorgelegt wird, will die Fraktion der LINKEN den Bundestag aus diesem Anlass erneut über die Rente mit 67 abstimmen lassen.

Die Demonstrationen am 12. Juni, als 40.000 Menschen gegen das Kürzungspaket auf die Straße gegangen sind, waren ein guter Auftakt für weitere Proteste. Daran wollen wir anknüpfen. Der Parteivorstand hat dazu in einer Klausur am 3. Juli beschlossen, dass wir gemeinsam mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen, globalisierungskritischen Initiativen sowie anderen Parteien und Organisationen wollen wir Schwarz-Gelb einen heißen Herbst bereiten.

Es wird sicherlich kein Leichtes, die schwarz-gelben Kürzungspläne noch zu stoppen, doch die Chance ist da - dazu genügt schon ein Blick auf den desaströsen Zustand der Merkel-Westerwelle-Regierung. Mitentscheidend werden dabei aber auch unsere eigenen Aktivitäten als Partei und unsere eigene Mobilisierungsfähigkeit sein. Der LV und die hessischen KV werden aufgefordert, den Planungen höchste Priorität einzuräumen und für die Durchführung entsprechend zu organisieren.

In einem ersten Schritt müssen wir verhindern, dass die Kürzungspläne der Bundesregierung nicht im Sommerloch verschwinden. Daher ist unverzüglich mit Aktionen auf die Auswirkungen der verfehlten Kürzungs- und Steuerpolitik der Bundesregierung aufmerksam zu machen. Deren desaströse Auswirkungen auf Schulen, Theater oder Schwimmbäder bieten hierfür vielfache Anknüpfungspunkte. Der LV und die KV werden aufgefordert Aktionen z. B. unter dem Motto „Sozialkassenschlag stoppen“ (oder „Reichtum besteuern“ oder „Kommunen in Not“ vorzubereiten und durchzuführen. Dies soll gemeinsam mit lokalen Gewerkschaftsgliederungen, Sozialverbänden, Kirchen, Initiativen und Vereinen organisiert werden. Auch der ver.di Bundesvorstand hat seine Gliederungen aufgerufen, gemeinsame Protestaktionen vor Ort zu organisieren.

Nach der Sommerpause wird das Kürzungspaket direkt in der ersten Sitzungswoche des Bundestags das medial bestimmende Thema sein. Am 14. September wird der Haushalt offiziell „eingebracht“. Lasst uns diese mediale Aufmerksamkeit nutzen, um auch vor Ort flächendeckend auf die unsozialen Auswirkungen der schwarz-gelben Politik aufmerksam zu machen.

Am 29. September wird dann ein erster Zwischenhöhepunkt der Proteste. Für diesen Tag hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu einem europäi-

schen Aktionstag mit gemeinsamer Demonstration in Brüssel aufgerufen. Sofern möglich, sollten wir die Kolleginnen und Kollegen dabei unterstützen und dort als LINKE Präsenz zeigen. Die Planungen sollen im September konkretisiert werden. Weitere Informationen sind bei den Gewerkschaften zu erhalten.

Höhepunkte der Herbstproteste werden regionale Demonstrationen der Gewerkschaften in der ersten Novemberhälfte sein, voraussichtlich vor allem am 13. November. In Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen-Bremen und Baden Württemberg gibt es dazu schon konkrete Planungen. Der LV wird aufgefordert gemeinsam mit dem Bündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ für die Teilnahme an diesen Demonstrationen aufzurufen. Die Mobilisierung zu diesen Demonstrationen muss von Anfang an zentraler Bestandteil aller Aktivitäten unserer Partei in den kommenden Wochen und Monaten sein.

Unsere Alternativen zur schwarz-gelben Kürzungspolitik sind bekannt:

- Statt des Kürzungspaket und der verfehlten Steuerpolitik fordert DIE LINKE eine Verbesserung der Einnahmesituation von Bund, Länder und Gemeinden durch die sofortige Einführung einer Millionärssteuer, eine Rankenabgabe und eine Finanztransaktionssteuer sowie die Rücknahme der Steuerermäßigung für die Hotellobby.
- Statt der einseitigen Belastung der Versicherten und einer verkappten Kopfpauschale fordert DIE LINKE die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung.
- Statt Rentenkürzungen und Altersarmut fordert DIE LINKE die Rücknahme der Rente ab 67 und eine gute Rente für alle Erwerbstätigen.

Lasst uns alle Kraft darauf konzentrieren, dass wir die Bürgerinnen und Bürger im Lande dazu ermutigen, mit uns für ihre Interessen aktiv zu werden. Dazu braucht es einer großen Kraftanstrengung der gesamten Partei. Angesichts der Vielfalt der Themen sind eine solche Konzentration und die Bündelung aller Protestaktivitäten unter einem Dach notwendig. Hier sind der LV und die KV gefordert.

Auch die Aktivitäten im Rahmen der ursprünglich eigenständig konzipierten Gesundheitskampagne werden sich entsprechen in die Gesamtdramaturgie einreihen. Der Kampf gegen die verkappte Kopfpauschale wird einer der drei zentralen Aktionsschwerpunkte im Kampf gegen die schwarz-gelbe Kürzungspolitik.

Lasst uns dafür sorgen, dass die schwarz-gelben Sozialkalkulationen vom Tisch gefegt werden und wir der Bundesregierung einen heißen Herbst bereiten.

Beschlussfassung: Unter Beifügung der Anträge 15-19 Für ein solidarisches Gesundheits-System, 16-20 Gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, 17-22 Weg mit der Rente ab 67 bei 3 Gegenstimmen und 29 Enthaltungen so beschlossen

Antrag 18-02

Antragssteller: Barbara Cárdenas, MdL (KV Offenbach); Murat Cakir (KV-Kassel-Stadt) und weitere 25 Unterzeichner

Antragsthema: Solidarität mit den inhaftierten BDP-PolitikerInnen in der Türkei

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

»DIE LINKE Hessen erklärt sich solidarisch mit den derzeit in der Türkei inhaftierten PolitikerInnen und BürgermeisterInnen der BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) verurteilt die Inhaftierungen erung auf, die über 1.500 inhaftierten BDP-Mitglieder freizulassen.

Der Landesvorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Landesverband Hessen sich mit mindestens einer VertreterIn an der Prozessbeobachterdelegation, die von verschiedenen Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Partei DIE LINKE sowie verschiedenen NGOs aus Deutschland zusammengestellt und zur Beobachtung des Prozessauftaktes am 18. Oktober 2010 nach Diyarbakir reisen wird, zu beteiligen.«

Beschlussfassung: Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen

Resolution 04

Antragssteller: Kreisverband Wiesbaden

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Solidarität mit den Flutopfern in Pakistan

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- DIE LINKE Hessen erklärt sich solidarisch mit den Opfern der Flutkatastrophe in Pakistan.
- Wir rufen alle Mitglieder und Untergliederungen auf, sich engagiert an Spendensammlungen für die Flutopfer zu beteiligen und die Notwendigkeit der Hilfe für die Überlebenden und den Wiederaufbau des Landes in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.

Wir begrüßen insbesondere die Aktivitäten der pakistanisch-stämmigen Kolleginnen und Genossinnen um das Chingaree-Forum im Rhein-Main-Gebiet und unterstützen ihren Einsatz für die Hilfskampagne und mobilen Ärzteteams der Pakistan Trade Union Defence Campaign (PTUDC). Zusammen mit ihnen können die Kreisverbände unserer Partei Informations- und Solidaritätsveranstaltungen durchführen.

Beschlussfassung: Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen

Resolution 07

Antragsteller: Jochen Dohn u.a.

Antragsthema: Solidarität mit der kolumbianischen Opposition

Resolution:

Der 3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. fordert die kolumbianische Regierung auf, alle erdenklichen Maßnahmen zu treffen, um die körperliche und seelische Integrität der oppositionellen Politiker zu schützen und die Angriffe der paramilitärischen Banden und staatlichen Institutionen sofort zu unterbinden. Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, offizielle Beziehungen zum kolumbianischen Staat nur dann aufrecht zu erhalten, wenn die Menschenrechte eingehalten werden. In den letzten Tagen sind mehrfach Todesdrohungen gegen Menschenrechtsaktivisten und Oppositionspolitiker öffentlich geworden. Mit dem Tode bedroht worden sind unter anderen Ivan Cepeda, Abgeordneter für den Polo Democrático Alternativo im kolumbianischen Kongress, Lidia Solano, Vertreterin der NGO Leben und Gerechtigkeit, Guillermo Castano, Umweltaktivist, der eine Bewegung gegen die Ashanti Gold Mining Corporation anführt. Gewerkschaftsvertreter, Journalisten, _Priester usw., die sich dem Diktat der Großgrundbesitzer und der Finanzoligarchie nicht beugen, werden von paramilitärischen Banden und Geheimdienstorganisationen des Staates getötet, verschleppt, meistt unter dem Vorwand, sie seien Helfershelfer der Guerilla. Der Zahl der Verschleppten in Kolumbien beträgt nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen mehr als 40.000 - mehr als von allen Ländern Südamerikas zusammen. Die Anzahl von außergerichtlich exekutierten Menschen, der kolumbianische Euphemismus dafür heißt übrigens „Falsche Positive“, umfasst seit 2002 ca. 2000 Menschen. Erst vor ein paar Tagen wurde ein Massengrab entdeckt: Dort sind mehr als 200 unbekannte Menschen begraben. Das Grab liegt in unmittelbarer Nähe einer Kaserne der kolumbianischen Armee.

Resolution 01

Antragsteller: Barbara Cardenas u.a.

Antragsthema: Für Gleichstellung der Kurdinnen und Kurden mit anderen MigrantInnengruppen

Resolution:

Nach über 45 jähriger Arbeitsmigration leben nun fast 1 Million Kurdinnen und Kurden in Deutschland – davon Zehntausende in Hessen. Als ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge oder AkademikerInnen kamen sie aus der Türkei, dem Iran, Irak und Syrien nach Hessen. Inzwischen ist ein großer Teil der Kurdinnen und Kurden in Deutschland eingebürgert. Viele von ihnen haben einen gesicherten Aufenthaltsstatus und gelten als weitgehend integriert.

Obwohl die Kurdinnen und Kurden die zweitgrößte MigrantInnengruppe in Hessen ausmachen, sind sie als eigenständige MigrantInnengruppe nicht anerkannt, da sie in der Regel Staatsbürgerinnen und Staatsbürger der Türkei, des Irans, Iraks oder von Syrien sind.

Fundamentale Rechte, die die übrigen MigrantInnengruppen besitzen, so z. B. Muttersprachlicher Unterricht, Beratung und Betreuung in der eigenen Muttersprache,

Teilhabe an spezifischen Integrationsmaßnahmen u. v. a. m. bleiben ihnen verwehrt. Es ist an der Zeit, dass die Kurdinnen und Kurden als eigenständige MigrantInnengruppe anerkannt werden, um sie somit in der öffentlichen Unterstützung und Förderung ihrer sozio-kulturellen Anliegen den anderen MigrantInnengruppen gleichzustellen.

Die Tatsache, dass in Deutschland seit 1993 kurdische Organisationen verboten werden, führt dazu, dass kurdische MigrantInnen und insbesondere ihre vielfältigen Selbstorganisationen kriminalisiert, stigmatisiert und, als Folge dessen, doppelter Ausgrenzung ausgesetzt werden. Die Organisations- und Betätigungsverbote sowie zahlreiche Repressionsmaßnahmen stellen sich als große Integrationshindernisse dar – auch in Hessen. Die Kurdinnen und Kurden, die seit Jahrzehnten zu einem festen Bestandteil unserer Gesellschaft geworden sind, werden so an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Diese Tatsachen zeugen von einem fatalen Defizit der bundesrepublikanischen Demokratie. Es ist dringlicher denn je, diesen Umstand zu ändern. Die Delegierten des Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Hessen sind der Auffassung, dass ein grundlegender Paradigmenwechsel notwendig ist. Um dies gewährleisten zu können, fordern sie die Hessische Landesregierung, die Parteien im Hessischen Landtag sowie die Bundesregierung und den Bundestag auf, Schritte zur Beseitigung der Folgen des bisherigen Umganges mit kurdischen MigrantInnen zu unternehmen. Dazu gehören insbesondere:

- Die Anerkennung der Kurdinnen und Kurden als eigenständige MigrantInnengruppe und Gleichstellung mit den anderen MigrantInnengruppen in Hessen und Deutschland;
- Aufhebung der Organisations- und Betätigungsverbote gegen kurdische Organisationen und Beendigung der Repressionsmaßnahmen;
- Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht für kurdische SchülerInnen;
- Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für kurdische MigrantInnen und Flüchtlinge in ihrer Muttersprache;
- Gleichbehandlung der Kurdinnen und Kurden bei den fremdsprachlichen Sendungen des Hessischen Rundfunks;
- Förderung der Selbsthilfe sowie der Bestrebungen kurdischer Selbstorganisationen für muttersprachliche politische und kulturelle Information und Bildung;
- Einstellung von Abschiebungen politisch aktiver Kurdinnen und Kurden und Aufhebung der Widerrufsverfahren gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge;
- Einsatz der Bundesregierung und der Hessischen Landesregierung für die friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage in der Türkei.

Die aus der Migration der Kurdinnen und Kurden in Deutschland erwachsenen Probleme müssen als eine Herausforderung für Gesellschaft und Politik verstanden werden. Daher sind die Delegierten des Landesparteitags der Partei DIE LINKE. Hessen der Auffassung, dass diese Schritte einen wichtigen Beitrag für die überfällige Eingliederung eines nicht unwesentlichen Teils der hessischen Bevölkerung bedeuten. Sie sind der festen Überzeugung, dass Zivilgesellschaft, die demokratischen Kräfte, die Selbstorganisationen der Kurdinnen und Kurden und die verantwortliche Politik große Anstrengungen unternehmen müssen, um eine friedliche, gleichberechtigte und demokratischere Zukunft für Hessen mit gestalten zu können.

Beschlussfassung: Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen

Resolution 02

Antragsteller: Wolfgang Gehrcke u.a.

Antragsthema: Raus aus Afghanistan!

Resolution:

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Bundeswehr sofort und bedingungslos aus Afghanistan abzuziehen. Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt, im Gegenteil: Die Bundesrepublik führt Krieg in Afghanistan. Und es wird immer deutlicher, dass das vom Bundestag erteilte Afghanistan-Mandat politisch falsch und moralisch inakzeptabel ist. Es wurde auf einer falschen, zumindest unzureichenden Informationsgrundlage beschlossen. Denn: Wer Krieg führt, muss die Bevölkerung täuschen. Tricksen, täuschen, tarnen gehört zum Kriegshandwerk, nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland. Von Rot-Grün, Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb ist die Bevölkerung über den Afghanistankrieg nie korrekt informiert worden. Die deutschen Tornado-Aufklärungsflugzeuge liefern die Luftbilder für nachfolgende Bombenangriffe der NATO-Truppen. Auch die deutsche Kriegsführung trägt Mitschuld an den Toten in Afghanistan. Kriegsgefangene, die von deutschen Truppen festgesetzt wurden, werden an afghanische Behörden ausgeliefert. Dass in afghanischen Gefängnissen gefoltert wird, ist aber bekannt. Auch darüber wurde und wird von den Bundesregierungen geschwiegen.

DIE LINKE hat parlamentarisch und außerparlamentarisch den Afghanistan-Krieg abgelehnt und Widerstand gegen Krieg und Rüstung organisiert. Der Bundesparteitag der LINKNE hat einen umfassenden Abzugsplan diskutiert und beschlossen.

Der Widerstand gegen den Krieg in Afghanistan wird immer breiter: Unterstützung erhält die Friedensbewegung erstmalig auch vom P.E.N.-Zentrum Deutschland. Die Schriftstellervereinigung forderte einstimmig den raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, ihr Präsident Johano Strasser unterschrieb demonstrativ als erster den Appell der Friedensbewegung.

DIE LINKE. Hessen wird sich mit Veranstaltungen, Infoständen und einem eigenen Flugblatt an den vielfältigen Aktionen der Friedensbewegung im Herbst dieses Jahres beteiligen. Wir werden flächendeckend in ganz Hessen gegen die Anwerbung neuer Soldaten durch die Bundeswehr an Schulen, vor Arbeitsämtern, bei Berufsbildungsmessen usw. protestieren.

DIE LINKE. Hessen unterstützt die Unterschriftenaktion der Friedensbewegung und wird in allen Kreisverbänden für die klaren Forderungen an Bundestag und Bundesregierung Unterschriften sammeln:

- § Für den Stopp aller Kampfhandlungen,
- § den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan,
- § den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen.

Beschlussfassung: Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen

Resolution 03

Antragssteller: Kreisverband Wiesbaden

Resolution: Solidarität mit der griechischen Arbeiterbewegung und Linken

Solidarität mit der griechischen Arbeiterbewegung und Linken

- Seit mehreren Wochen protestieren und streiken die abhängig Beschäftigten, Jugendlichen und RentnerInnen in Griechenland gegen die geplanten massiven Kürzungen bei Löhnen, Renten und Bildung. Der Widerstand in Griechenland verdient die Solidarität der europäischen Arbeiterbewegung und Linken.
- Angesichts der schweren Wirtschaftskrise in Griechenland wurde in den letzten Wochen in den deutschen Medien eine Hetzkampagne gegen die griechische Bevölkerung gestartet und der deutschen Bevölkerung eingeredet, dass der drohende Staatsbankrott mit „griechischem Schlendrian“ und „mediterrane Dekadenz“ zu tun hat. Dies ist eine Ablenkung von der grundsätzlichen kapitalistischen Krise, die weniger „wettbewerbsfähige“ Ökonomien wie die griechische zunehmend vom Weltmarkt verdrängt. Dabei wird in allen Ländern Korruption, Missmanagement und eine explodierende Staatsverschuldung produziert. Weder die Krise noch die riesige öffentliche Verschuldung sind ein rein griechisches Phänomen.
- Ohne Kontrolle des Finanz- und Banksystems kann es keine wirtschaftliche Stabilität geben. Um den Staat vor dem Bankrott und Millionen von ArbeitnehmerInnen vor dem sozialen Kahlschlag zu retten, müssen die Banken unter demokratischer Kontrolle verstaatlicht werden. Eine staatliche Zentralbank würde sofort den Zinssatz senken und Kredite zu ordentlichen Konditionen vergeben, die den Haushalten und kleinen Gewerbetreibenden nicht die Luft zum Atmen nehmen.
- Jahrelang wurde uns erzählt, es sei kein Geld da. Kaum rufen aber die Spitzenmanager bei „ihrem“ Staat nach Geld, stehen Milliarden zur Verfügung. Statt „Sparkommissaren“ in Athen oder deutschen Rathäusern fordern wir die Entsendung von Kommissaren in die Bankentürme und Konzernbüros! Wir fordern einen gesamtgesellschaftlichen Kassensturz – nicht nur der öffentlichen Hand, sondern auch der Großkonzerne, Banken, Versicherungen und Privatvermögen der superreichen Familien. Die Profitsteigerungen der großen Unternehmen basieren auch auf einem verschärften Abbau versicherungspflichtiger Arbeitsplätze und auf Reallohnneinbußen der ArbeitnehmerInnen. Die gesellschaftlichen Folgekosten trägt die Allgemeinheit.

Beschlussfassung: Bei drei Enthaltungen so beschlossen

Antrag 20-05

Antragsteller: Kreisverband Wetterau

Antragsthema: Delegiertenschlüssel

Antrag:

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen fordert den Landesvorstand dazu auf, bei der Festlegung von Delegiertenschlüssel für Parteitag, Wahlversammlungen u.ä. nur die Mitglieder zur Berechnung der Delegiertenzahlen zu berücksichtigen, die nicht im Beitragsverzug sind.

Beschlussfassung: Mit wenigen Gegenstimmen an den Landesvorstand zur weiteren Bearbeitung überwiesen

Änderungsantrag 08

(Änderungsantrag zu Antrag 20-05)

Antragsteller: Landesarbeitsgemeinschaft Sozialistische Linke

Antragsthema: Delegiertenschlüssel für Landesparteitage

S.47 Ergänzung: "...die nicht mehr als sechs Monate im Beitragsverzug sind".

Beschlussfassung: Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller des Antrags 20-05 übernommen

Antrag 21-07

Antragsteller: Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Antragsthema: Umsetzung der UN-Konvention für behinderte Menschen

Antrag:

Der Landesparteitag beschließt folgende Schritte zur Umsetzung des Beschlusses 2009-99 der UN-Konvention zu Rechten Behinderter im Zusammenhang mit den EU-Antidiskriminierungsrichtlinien“ des Parteivorstandes vom 17. Oktober 2009 hier in Hessen:

1. Der Landesvorstand legt im Zusammenwirken mit den Kreisverbänden, der LAG „Selbstbestimmte Schwerbehindertenpolitik“ und der Landtagsfraktion, dem nächsten ordentlichen Landesparteitag zur Beschlussfassung zur Umsetzung des Beschlusses 2009-99 „Zur UN-Konvention zu Rechten Behinderter im Zusammenhang mit EU-Anti-Diskriminierungsrichtlinien“ des Parteivorstandes vom 17. Oktober 2009, einen Aktionsplan vor.

2. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die zügige Umsetzung der durch den Bundestag durch Gesetz ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen als besonderen Schwerpunkt mit in ihre Landtagsarbeit aufzunehmen. Die Kreis- und Ortsverbände werden aufgefordert, diese Umsetzung mit in ihr Kommunalwahlprogramm aufzunehmen.

Beschlussfassung: Bei zwei Enthaltungen so beschlossen

Antrag 22-13

Antragsteller: Kreisverband Limburg-Weilburg

Antragsthema: Beteiligung an den bundesweiten Anti-Atomkraft-Großdemonstrationen

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Hessische Linke ruft auf, sich an den bundesweiten Antiatomkraft-Großdemonstrationen sowohl in Berlin wie auch im saarländischen Perl zu beteiligen und dazu in den Kreisverbänden gemeinsam mit den Bündniskräften Busse zu organisieren.

Beschlussfassung: Bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen so beschlossen

Antrag 23-06

Antragsteller: LAG Lisa

Antragsthema: Programmdebatte

Antrag:

Der Landesparteitag schließt sich dem Änderungsantrag der LAG Lisa an den Programmmentwurf zum Abschnitt

Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit (Programmmentwurf S. 17) an.

Die LAG Lisa beantragt, den Abschnitt **Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit** (Programmmentwurf S. 17) durch folgenden Text zu ersetzen

Geschlechtergerechtigkeit

Trotz verfassungsrechtlich garantierter Gleichberechtigung ist die ungleiche Verteilung von Chancen zwischen Frauen und Männern nicht aufgehoben. Politische und wirtschaftliche Macht sind patriarchal geprägt. Der Grad gesellschaftlicher Demokratie misst sich für uns an der Freiheit von Frauen und Männern, den eigenen Lebensentwurf frei von Rollenklischees umsetzen zu können.

Diskriminierung aufgrund der Merkmale Alter, Geschlecht, sexuelle Identität, Behinderung, ethnische und religiöse Zugehörigkeit lehnen wir ab. Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik, die Benachteiligung und Stigmatisierung in Arbeit und Zivilgesellschaft entgegenwirkt. Um dies zu verwirklichen, bekämpft DIE LINKE sowohl kapitalistische als auch patriarchale Herrschaft in unserer Gesellschaft.

DIE LINKE ist sowohl sozialistisch als auch feministisch, deshalb setzen wir uns für ein selbstbestimmtes solidarisches Leben ein.

Die weltweite Unterdrückung von Frauen wird auch von fortschrittlichen Kräften oftmals ignoriert, verharmlost oder als "natürlich gegeben" hingenommen. Daher betont DIE LINKE in ihrer politischen Analyse und Strategie den antipatriarchalen Ansatz.

Weltweit erleben Frauen viele Formen der Gewalt, ob als Ausdruck patriarchaler Religionen, Familienideologien, ob aufgrund einer gesellschaftlichen Geringschätzung von Frauen, ob als Folge von Krieg oder Vertreibung oder aufgrund von Menschenhandel; auch sexuelle Gewalt ist ein Ausdruck patriarchaler Herrschaft.

DIE LINKE ächtet Gewalt in ihren vielfältigen Erscheinungsformen, deshalb fordern wir die Absicherung und den Ausbau von Einrichtungen für Opfer von Gewalt sowie Gewaltprävention und Friedenserziehung.

Armut ist weiblich. Frauen leisten unbezahlt einen Großteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit der Erziehung, Pflege und Versorgung. Sie bezahlen dies mit Altersarmut oder einer Perspektive als allein erziehende Hartz IV-Empfängerin.

Wir unterstützen Maßnahmen, die zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen, streiten für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, für die Verkürzung der Arbeitszeit und die gerechte Verteilung von Erwerbs-, Beziehungs- und Erziehungsarbeit auf Männer und Frauen. Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft. Die Flexibilisierung der Arbeit darf nicht dazu führen, dass das soziale Miteinander dem Diktat der Verwertbarkeit von Arbeit unterworfen wird.

Erwerbslose müssen einen eigenständigen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB haben, unabhängig von ihren Partnern oder Partnerinnen.

Wir fordern ein Recht auf ganztägige kostenlose Kinderbetreuung in allen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung, damit Frauen und Männer Erwerbs- und Erziehungsarbeit miteinander vereinbaren können.

Wir wollen die bestehenden patriarchalen Regelungen im Sozial- und Steuerrecht beseitigen. Soziale Beziehungen der Geschlechter müssen den Charakter eines Herrschaftsverhältnisses verlieren. Wir fordern politische Instrumente, die familiäre Abhängigkeiten aufheben und gegenseitige Verantwortung in allen unterschiedlichen Lebensformen stärken, denn die Institution der bürgerlichen Ehe kann nicht die einzige anerkannte Familienform sein. Ein neues Familienbild muss auch die Lebensweisen von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern einschließen. Notwendig ist eine aktive Politik für Menschen mit Kindern, egal in welchen Beziehungsformen sie zusammen leben. Das Modell von der Rolle des Mannes als alleinigem Ernährer der Familie gehört der Vergangenheit an. Neue Beziehungen von Angehörigen entstehen. Sie benötigen rechtliche Anerkennung.

Antrag der Antragskommission: Überweisung zur Programmdebatte des Landesverbandes

Beschlussfassung: Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen

Resolution 06

(Initiativantrag 01)

Antragsteller: Uli Franke u.aq.

Antragsthema: Kampagne gegen Klaus Ernst und den bayrischen Landesverband

Antrag:

Der Landesparteitag möge die folgende Resolution beschließen

Sozialen Widerstand verbreitern!

Schmutz-Kampagne stoppen!

Für ein solidarisches Miteinander!

Gegen das schwarz-gelbe Kürzungspaket regt sich Widerstand - zunehmend auch in den DGB- Gewerkschaften.

DIE LINKE kann eine wichtige Rolle spielen bei der Verbreiterung und Ausweitung der Proteste in Teile der Bevölkerung, die in keinem engen Kontakt mit den Gewerkschaften stehen. Sie ist parlamentarische Stimme der Proteste. Eine große Protestwelle könnte die weitere Umverteilung von unten nach oben verhindern. Um den Widerstand gegen den Sozialabbau zu schwächen, wird deshalb als erstes bei der LINKEN angesetzt - mit der Schmutz-Kampagne gegen Klaus Ernst und gegen den bayrischen Landesverband.

Diese Schmutz-Kampagne zielt auf unsere Partei als Ganzes:

So soll der Eindruck geweckt werden, die Partei zeichne sich durch die Manipulation von Mitgliederzahlen größer. Und zugleich sollen damit die „ehrlichen“ Ost- gegen die „manipulativen“ West-Landesverbände aufgebracht werden.

Außerdem soll die politische Vertretung der Interessen von Lohnabhängigen und sozial Ausgegrenzten als Selbstbereicherung der Spitzenfunktionäre verunglimpft werden. Und die Forderungen nach einem

Beschlussfassung: Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen

Die Antragsberatungskommission:

Herwart Achterberg
Christiane Böhm
Ulrich Dorn
Gerlinde Hooge
Reiner Kotulla
Katharina Schüler
Peter Vetter
Paul Weber